



Gemeinde
Binningen

125

Voranschlag 2011

Finanzplan 2012 – 2015

Bericht und Anträge des Gemeinderats vom 21. September 2010 an den Einwohnerrat

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	2
Teil I: Einleitung.....	3
1. Einführung	3
1.1 Neuerungen, Anpassungen	3
1.2 Was beschliesst der Einwohnerrat?.....	3
1.3 Aufbau der Vorlage.....	3
Teil II: Der Voranschlag 2011	4
2. Gesamtüberblick	4
2.1 Das konjunkturelle und das politische Umfeld: Chancen/Risiken	4
2.2 Die Schwerpunkte im kommenden Jahr – Bezug zum Legislaturprogramm.....	5
2.3 Ergebnis Laufende Rechnung und Selbstfinanzierung.....	7
3. Die Produktgruppen im Überblick	9
3.1 PG 1 Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen.....	11
3.2 PG 2 Finanzen, Steuern	11
3.3 PG 3 Gesundheit	12
3.4 PG 4 Kultur, Freizeit/Sport	13
3.5 PG 5 Bildung	13
3.6 PG 6 Öffentliche Sicherheit.....	14
3.7 PG 7 Soziale Dienste	15
3.8 PG 8 Verkehr, Strassen.....	16
3.9 PG 9 Versorgung	17
3.10 PG 10 Raumplanung, Umwelt	18
4. Die Leistungszentren im Überblick	19
4.1 LZ 1 Management, Personal.....	19
4.2 LZ 2 Rechnungswesen	19
4.3 LZ 3 Gebäudeunterhalt	19
4.4 LZ 4 Bauadministration, technische Betriebe.....	19
4.5 LZ 5 Informatik	19
5. Abstimmungsbrücke	21
6. Die Verwaltungsrechnung im Überblick	23
6.1 Die Laufende Rechnung nach Artengliederung.....	23
6.2 Die Investitionsrechnung nach Artengliederung	25
Teil III: Der Finanzplan 2012 - 2015.....	26
7. Der Finanzplan 2012 – 2015	26
7.1 Entwicklung der Selbstfinanzierung.....	26
7.2 Analyse	27
7.3 Weiteres Vorgehen	29
Teil IV: Anträge.....	30
Teil V: Anhänge und Beilage.....	31

TEIL I: EINLEITUNG

1. Einführung

1.1 Neuerungen, Anpassungen

Der sechste Voranschlag mit zehn Leistungsaufträgen nach den Grundsätzen der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) liegt vor.

Auf der Basis eines vom Einwohnerrat im Juni 2010 genehmigten Leitfadens wurden die **Leistungsaufträge überarbeitet** mit dem Ziel, dieses Steuerungsinstrument noch stärker auf die Bedürfnisse des Parlaments auszurichten. So wurde der Produktbeschreibung ausgebaut. Darin soll klarer ausgewiesen werden, welche Leistungen der Gemeinde freiwillig sind und wo es sich um eine übergeordnete gesetzliche Pflicht handelt. Ausgewählte Kennzahlen sollen helfen, die erbrachte Leistung über die Zeit und teilweise im Gemeindevergleich besser einordnen zu können. Im zusätzlichen Kapitel „Umfeldentwicklung“ geht es darum, Entwicklungen für die kommenden Jahre insbesondere auf übergeordneter Stufe (Bund, Kantone) aufzuzeigen. Schliesslich wird in den überarbeiteten Leistungsaufträgen auf eine Unterteilung zwischen Wirkungs- und Leistungszielen verzichtet und die Anzahl der Ziele auf jene reduziert, die auch tatsächlich steuerbar sind.

1.2 Was beschliesst der Einwohnerrat?

- Dem Einwohnerrat werden zehn Leistungsaufträge zur Beschlussfassung unterbreitet. Ein Leistungsauftrag fasst verwandte Produkte in eine Produktgruppe zusammen und legt für jedes Produkt Ziele fest. Diese sind von Gemeinderat und Verwaltung verbindlich einzuhalten bzw. anzustreben.
- Daneben verabschiedet der Einwohnerrat mit jedem einzelnen Leistungsauftrag das dazu gehörende Globalbudget. Der Einwohnerrat genehmigt also pro Produktgruppe die für die Erfüllung eines Leistungsauftrags notwendigen Nettokosten in Form eines Globalkredits.
- Einige wenige Aufwand- und Ertragspositionen können oder sollen weder direkt noch indirekt über eine Leistungsverrechnung einer Produktgruppe zugeordnet werden (z.B. Steuereinnahmen und Bussen). Diese beschliesst der Einwohnerrat separat (vgl. Kapitel 5 Abstimmungsbrücke).

1.3 Aufbau der Vorlage

Teil II dieser Vorlage befasst sich mit dem **Voranschlag**:

Kapitel 2 liefert einen Gesamtüberblick über die Schwerpunkte des kommenden Jahres und über die finanziellen Kennzahlen. Das Kapitel soll dem eiligen Leser einen Gesamteindruck über die politischen Ziele des Gemeinderats und über die Entwicklung des Gemeindehaushalts vermitteln. Es soll sozusagen das „Unternehmen Gemeinde“ positionieren.

Kapitel 3 bricht den Finanzhaushalt und die inhaltlichen Schwerpunkte für 2011 auf die Produktgruppen und ihre Produkte runter: Analog hierzu werden die Leistungszentren in *Kapitel 4* dargestellt. Die Abstimmungsbrücke in *Kapitel 5* erläutert den Übergang von den zehn Globalbudgets zur Laufenden Rechnung der Finanzbuchhaltung. *Kapitel 6* stellt die Verwaltungsrechnung - also Laufende Rechnung und Investitionsrechnung - jeweils aus Sicht der Kostenart (Personal-, Sachaufwand etc.) dar.

Teil III beinhaltet den **Finanzplan**. Dieser gibt einen mittelfristigen Ausblick über die erwartete finanzielle Entwicklung und liefert damit im Rahmen der Budgetberatung eine zusätzliche Entscheidungsgrundlage.

Teil IV umfasst alle **Anträge** des Gemeinderats, **Teil V** beinhaltet sämtliche Anhänge. Die zehn Leistungsaufträge sind der Beilage zu entnehmen.

TEIL II: DER VORANSCHLAG 2011

2. Gesamtüberblick

2.1 Das konjunkturelle und das politische Umfeld: Chancen/Risiken

Das Umfeld, in dem der Voranschlag 2011 und der Finanzplan 2012 – 2015 erarbeitet wurden, ist geprägt von einigen Unsicherheiten, die von Seiten der Gemeinde gar nicht oder nur schwerlich beeinflussbar sind.

- Die **Wirtschaftsentwicklung** der letzten Monate ist erfreulich verlaufen, die Schweizer Konjunktur hat sich deutlicher erholt als erwartet. Ausschlaggebend dafür sind die Exporte und der Privatkonsum. Für 2011 wird aufgrund der Vertrauens- und Schuldenkrise im Euroraum und den damit einhergehenden Risiken mit einem moderaten Wachstum gerechnet. Die verhaltene Gangart setzt in den kommenden Quartalen auch der Erholung des Arbeitsmarktes enge Grenzen und es wird nur mit einem leichten Rückgang der Arbeitslosenrate gerechnet.¹
- **Steuereinnahmen:** Die Berechnung der Steuereinnahmen für 2011 basieren auf dem Ergebnis 2009 und einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum für 2010 und 2011 von 2%². Dieser Abschlag gegenüber dem Standardwachstum von 3% liegt in den erwarteten negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Der grösste Einfluss wird nach wie vor bei den Vermögenssteuern der Natürlichen Personen sowie den Ertragssteuern der Juristischen Personen erwartet. Ab 2012 liegt dem Modell wieder ein jährliches Wachstum von 3% zugrunde.
- **Finanzausgleich (FAG):** Im ersten Jahr unter dem neuen Finanzausgleich ist es zu massiven Verwerfungen zwischen den budgetierten und den nun vom Kanton verfügbaren Beiträgen an den Finanzausgleich gekommen. Der Beitrag Binningen für 2010 liegt rund CHF 4,2 Mio. (+58%) über dem budgetierten Betrag. Binningen hat zusammen mit anderen Gemeinden Beschwerde gegen die entsprechende Verfügung erhoben. Zugleich haben Binningen und acht weitere Gebergemeinden dem Kanton in einem Brief ihr Erstaunen und ihren Ärger über die massiven Verwerfungen zum Ausdruck gebracht und schnellstmögliche Anpassungen gefordert. Mittlerweile hat sich die gesetzlich verankerte Konsultativkommission zu ersten Sitzungen getroffen. Sie wird bis Ende Jahr der Finanzdirektion einen Bericht vorlegen mit allfälligen Empfehlungen für kurzfristige/rückwirkende Massnahmen.

In seinem Budgetbrief für das Jahr 2011 hält der Kanton fest, dass für die finanzstärksten Gemeinden eine Prognose sehr schwierig sei. Solange keine anderen Informationen vorliegen, geht der Gemeinderat davon aus, dass der Beitrag an den Finanzausgleich im Voranschlag 2011 und in den Finanzplanzahlen sich auf dem Niveau des revidierten Betrags des laufenden Jahres bewegt, also pro Jahr mit rund CHF 4,2 Mio. mehr zu rechnen ist.

- **Kommunale Aufgabenüberprüfung (KAP): Controlling:** Der Gemeinderat hat das Aufgabenportfolio der Gemeinde einer gründlichen Überprüfung nach nachhaltigem Einsparungspotential unterzogen und dem Einwohnerrat im Mai eine Vorlage unterbreitet (Geschäft Nr. 100, am 31.5.2010 an die GRPK überwiesen)³. Fazit: Der Gemeinderat sieht ab 2012 Einsparungen in der Höhe von insgesamt CHF 1 Mio. vor. Im Voranschlag 2011 sind mit einer Ausnahme⁴ all jene Massnahmen berücksichtigt, die im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegen. Daraus ergibt sich für 2011 eine Entlastung des Gemeindehaushalts von CHF 0,47 Mio.
- **Wichtige laufende Geschäfte berücksichtigt:** In der KAP-Vorlage hat der Gemeinderat auf diverse laufende Geschäfte hingewiesen, die ein für den Gemeindehaushalt relevantes Entlastungs- oder Be-

¹ Quellen: BAK Basel Economics AG, KOF Konjunkturforschungsstelle

² Nach Bereinigung der Senkung der Ertrags- und Kapitalsteuersätze im 2010.

³ <http://www.binningen.ch/documents/KAP.pdf> und http://www.binningen.ch/documents/KAP_Beilage.pdf

⁴ Massnahme LZ3a, neues Anlagenbetreuungskonzept

lastungspotenzial besitzen.⁵ Im vorliegenden Budget und im Finanzplan 2012 – 2015 sind nun berücksichtigt:

- die geplante Umsetzung der *Schulraumplanung* (der Teil bis 2015),
- der geplante Abriss der *Hasenrainstrasse 89* im Zusammenhang mit dem APH Schlossacker,
- die Aktualisierung der Kosten für die *Sanierung des Garderobengebäudes Spiegelfeld*.
- die *Übernahme der Sekundarschulanlagen durch den Kanton inkl. Lastenausgleich*. Die Übernahme der Schulanlagen Spiegelfeld durch den Kanton sowie die Übernahme des Kantonsanteils an der Dreifach-Turnhalle durch die Gemeinde ist im vorliegenden Investitionsplan berücksichtigt. Die definitive Regelung des Lastenausgleichs für die Übernahme der Sekundarschule durch den Kanton soll im Finanzausgleichsgesetz geregelt werden. Für Binningen entsteht daraus gegenüber heute eine jährliche Mehrbelastung von rund CHF 0,3 Mio. (für 2011 rund CHF 0,15 Mio., da das Inkrafttreten für 1.8.2010 geplant ist).
- **Wichtige laufende Geschäfte nicht/teilweise berücksichtigt:**
 - die Auswirkungen der *Pflegefinanzierung* (zur Zeit der Budgetierung noch offen)
 - die *Ausfinanzierung des Gemeindeanteils der Deckungslücke in der Pensionskasse*. Der Gemeinderat geht davon aus, dass vor 2012 keine gesetzliche Grundlage vorliegt, wie die bestehende Deckungslücke in der Pensionskasse (Deckungsgrad per 31.12.2009: 78,8%) auszufinanzieren ist. In seinem Bericht zur KAP hat der Gemeinderat pro memoria ab 2012 mit einer zusätzlichen jährlichen Belastung von CHF 0,5 Mio. gerechnet. Im vorliegenden Finanzplan sind allerdings keine Mittel für allfällige Sanierungsmassnahmen eingestellt. In ihrem Brief vom 30.8.2010 hat das Statistische Amt des Kantons Basel-Landschaft unter Bezugnahme auf die kantonale Finanzverwaltung gegenüber den Gemeinden festgehalten, dass hierzu keine Verpflichtung besteht. Dieses Geschäft muss vom Landrat noch beschlossen werden.
- **Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell (HRM2):** Ab 2013 soll das HRM2 für die Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft eingeführt werden. Der Entwurf einer neuen Rechtsgrundlage ging in Vernehmlassung. Vorgesehen ist eine stärkere wirtschaftliche Betrachtungsweise, als dies heute der Fall ist. So sind Anpassungen in den Bereichen Vermögensbewertung, Abschreibungen und Vorfinanzierungen vorgesehen. Für Binningen wird sich damit die Frage stellen, ob unter den neuen Rahmenbedingungen die bisherige Steuerung des Finanzhaushalt (§41 der Gemeindeordnung) noch möglich und sinnvoll ist (vgl. 7.2).

2.2 Die Schwerpunkte im kommenden Jahr – Bezug zum Legislaturprogramm

Die Schwerpunkte des kommenden Jahres stehen im Zeichen des Legislaturprogramms, das der Gemeinderat Ende 2008 verabschiedet hat. Über den Stand der Umsetzung informiert der Gemeinderat in einer separaten Vorlage an den Einwohnerrat:

- **Projekt Zentrum Schlossacker:** Die Volksabstimmung für den Gemeindebeitrag von CHF 13,5 Mio. findet am 28.11.2010 statt. Wird die Vorlage angenommen, werden die ersten Bauarbeiten Anfang 2011 an die Hand genommen.
- **Gemeinsamer Werkhof Binningen/Bottmingen:** Der Einwohnerrat hat nach seinem grundsätzlichen „Ja“ zu einem gemeinsamen Werkhof im September 2010 auch dem Planungskredit zugestimmt und den Beschluss dem Behördenreferendum unterstellt. Damit wird der Planungskredit im November 2010 (d.h. nach Redaktionsschluss dieses Berichts) den Binninger Stimmberechtigten unterbreitet. Wird der Kredit bewilligt, können 2011 die nächsten Schritte an die Hand genommen werden (Ausschreibung des Wettbewerbs, Jurierung, Erarbeitung Kostenvoranschlag, ER-Vorlage für Baukredit).

⁵ Ziffer 3.2, Seiten 4 und 5

- **Sportanlagen Spiegelfeld:** Der Einwohnerrat hat im Juni 2009 erste Kredite beschlossen für die Sanierung der Weitsprunganlage und der Beleuchtung beim Kunstrasenfeld sowie für die Verlängerung der Laufbahn. Diese Arbeiten wurden durchgeführt. Im September hat der Einwohnerrat nun den beantragten Planungskredit für den Neubau des Garderobengebäudes in die Bau- und Planungskommission überwiesen. Wird der Kredit bewilligt, können 2011 die nächsten Schritte an die Hand genommen werden (Ausschreibung des Wettbewerbs, Jurierung, Erarbeitung Kostenvoranschlag, ER-Vorlage für Baukredit etc.).
- **Schulraumplanung:** Nach der kantonalen Abstimmung am 26.9.2010 (also nach Redaktionsschluss dieses Berichts) steht fest, welches Schulmodell im Kanton Basel-Landschaft und damit in Binningen gilt. Der Gemeinderat geht davon aus, dass eine Harmonisierung gutgeheissen wird und dass die Schulbauten bis 2015 dem neuen Bildungssystem angepasst werden. Eine entsprechende Vorlage, welche die räumlichen, baulichen und finanziellen Konsequenzen aufzeigt, wird dem Einwohnerrat 2011 vorgelegt.
- Aus dem Legislaturprogramm werden im 2011 zudem folgende Projekte
 - Erarbeitung eines Alterskonzepts,
 - Einführung der Subjektfinanzierung in der familienexternen Kinderbetreuung⁶
 - Erarbeitung eines Konzepts zur Anlagenbetreuung der gemeindeeigenen Anlagen sowie
 - Erhöhung des Anteils an erneuerbarer Energie bei der WBAweiter bearbeitet.

⁶ Unterstützung der Eltern von betreuten Kindern (Subjekt) statt wie bisher der Betreuungsorganisation (Stiftung Kinderbetreuung, Objekt)

2.3 Ergebnis Laufende Rechnung und Selbstfinanzierung

Bei einem Steuerfuss von 46% legt der Gemeinderat mit dem Voranschlag 2011 einen Verlust im Umfang von CHF 1,9 Mio. vor. Grund für dieses schlechte und für Binningen ungewohnte Resultat ist der neue Finanzausgleich (vgl. 2.1).

Für 2011 beträgt der Cash Flow ohne Spezialfinanzierungen CHF 1,34 Mio. und der Selbstfinanzierungsgrad (SFG) 26,4% (vgl. Tabelle 1). In absoluten Zahlen resultiert für die Jahre 2004 – 2011 ein kumulierter Finanzierungsfehlbetrag von rund CHF 5,6 Mio.⁷ Der SFG liegt in dieser Periode bei 87,8% und damit unter der in § 41 der Gemeindeordnung vorgesehenen Mindestmarke von 100%.⁸

Mio. CHF	RG 2007	RG 2008	RG 2009	Progn. 2010	VA 2011
Ertrag	73.36	75.79	72.94	70.77	73.10
- Aufwand	73.36	75.79	72.94	72.92	75.00
= Ergebnis (- = Aufwandüberschuss)	0.00	0.00	0.00	- 2.15	- 1.90
+ Abschreibungen aus Investitionen	8.59	11.27	6.72	1.00	4.08
- Abschreibungen Spezialfinanzierungen		- 0.13	- 0.67	0.00	- 0.84
= Cash Flow Einwohnerkasse	8.59	11.14	6.06	- 1.15	1.34
- Nettoinvestitionen	8.59	11.14	5.82	3.30	5.06
= Finanzierungssaldo (- = Fehlbetrag)	0.00	0.00	0.24	- 4.45	- 3.73
Selbstfinanzierungsgrad	100.0%	100.0%	104.1%	-35.0%	26.4%
Finanzierungssaldo über 8 Jahre (- = Fehlbetrag)	4.9	4.4	1.6	-1.4	-5.6
Durchschnittl. Selbstfinanzierungsgrad über 8 Jahre	112.4%	109.7%	103.2%	97.2%	87.8%
Steuerfuss	46.0%	46.0%	46.0%	46.0%	46.0%

In der folgenden Tabelle 1a wird berücksichtigt, dass Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen mit einem Volumen über CHF 10 Mio. über 16 statt acht Jahre amortisiert werden können⁹. Dazu zählt der Investitionsbeitrag der Gemeinde an das zweite Alters- und Pflegeheim Schlossacker (CHF 13,5 Mio.). Dank der weniger strengen Amortisationsregel sinkt der kumulierte Finanzierungsfehlbetrag auf CHF 4,7 Mio. und steigt der Selbstfinanzierungsgrad 2004 -2011 auf 89,6%.

Mio. CHF	RG 2007	RG 2008	RG 2009	Progn. 2010	VA 2011
Finanzierungssaldo über 8 Jahre (- = Fehlbetrag)	4.9	4.4	1.6	-1.3	-4.7
Durchschnittl. Selbstfinanzierungsgrad über 8 Jahre	112.4%	109.7%	103.2%	97.4%	89.6%
Steuerfuss in %	46.0%	46.0%	46.0%	46.0%	46.0%

⁷ Im gesamten Bericht, insbesondere in den Tabellen, kommt es aufgrund von Rundungen jeweils zu Rundungsdifferenzen.

⁸ Für das Jahr 2010 wurde ein aktualisierter Prognosewert eingesetzt. Dieser berücksichtigt einerseits die höheren Erträge der Liegenschaftsverkäufe und andererseits höhere Aufwendungen für die Abschreibung Hasenrainstrasse 89 sowie für den Finanzausgleich.

⁹ § 41 Abs. 3 der Gemeindeordnung.

Ein Finanzierungsfehlbetrag von CHF 4,7 Mio. im Voranschlag 2011 bedeutet, dass die Gemeindeordnung nicht eingehalten wird, welche Einwohnerrat und Gemeinderat dazu anhält, „den Grundsatz zu beachten, wonach im Durchschnitt der letzten sechs Rechnungsjahre, des laufenden Jahres gemäss Budget und des folgenden Budgetjahres eine durchschnittliche Selbstfinanzierung von 100% erreicht wird.“¹⁰

Wie nachfolgende Tabelle 1b zeigt, würde unter Ausklammerung der Mehrbelastung durch den Finanzausgleich von je CHF 4,2 Mio. für die Jahre 2010 und 2011 die Regel eingehalten. Für die Jahre 2004 - 2011 ergäbe sich ein Finanzierungsüberschuss von CHF 3,7 Mio. bzw. ein durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad von 108,2%:

<i>Tabelle 1b</i>	Mio. CHF	RG 2007	RG 2008	RG 2009	Progn. 2010	VA 2011
Finanzierungssaldo über 8 Jahre (- = Fehlbetrag)		4.9	4.4	1.6	2.9	3.7
Durchschnittl. Selbstfinanzierungsgrad über 8 Jahre		112.4%	109.7%	103.2%	106.1%	108.2%
Steuerfuss		46.0%	46.0%	46.0%	46.0%	46.0%

Nachdem der Gemeinderat im Rahmen der KAP Ausgabenkürzungen in der Höhe von jährlich rund CHF 0,5 Mio. für den Voranschlag beschloss, dem Einwohnerrat weitere Kürzungen in der Höhe von jährlich rund CHF 0,5 Mio. beantragte und weitere Massnahmen der Verwaltung zur Prüfung in Auftrag gab, will er derzeit auf weitere Sparmassnahmen verzichten.

Auch eine Erhöhung des Steuerfusses erachtet der Gemeinderat derzeit als nicht opportun. Zu viele Fragen sind für ihn derzeit noch nicht geklärt, welche einen Einfluss auf die Entwicklung des Finanzaushaltes haben; seien es die Entwicklung im Finanzausgleich und in anderen finanzrelevanten Geschäften oder sei es die Entwicklung der zukünftigen Rechnungslegung mit HRM2. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat deshalb, das Budget mit dem vorliegenden Fehlbetrag zu beschliessen und legt dem Einwohnerrat auf Seite 29 seine Überlegungen zum weiteren Vorgehen vor.

¹⁰ § 41 Abs. 2 der Gemeindeordnung.

3. Die Produktgruppen im Überblick

Die Globalbudgets der zehn Produktgruppen umfassen einen Netto-Aufwand von CHF 38,2 Mio. (VA 2010: CHF 36,8 Mio., bereinigt vgl. unten). Gegenüber dem Vorjahr nimmt der Aufwand um CHF 1,5 Mio. bzw. um knapp 4% zu. Bei der Erstellung der Budgetzahlen wurden die für 2011 erwarteten Abgabe- und Steuererhöhungen berücksichtigt (EO + 0,1% AG-Anteil, ALV + 0,25% AG-Anteil, MWST-Normalsatz + 0,4%).

Der Finanzausgleich wird wie im Voranschlag 2010 ausserhalb der Globalbudgets erfasst. Um eine bessere Vergleichbarkeit und Beurteilung der Zahlen zu ermöglichen, wurden die Vorjahre (in Abweichung zur offiziellen Berichterstattung) entsprechend angepasst. Betroffen sind die Produktgruppen Gesundheit, Soziale Dienste und Verkehr, Strassen und die jeweiligen Jahrestotale.

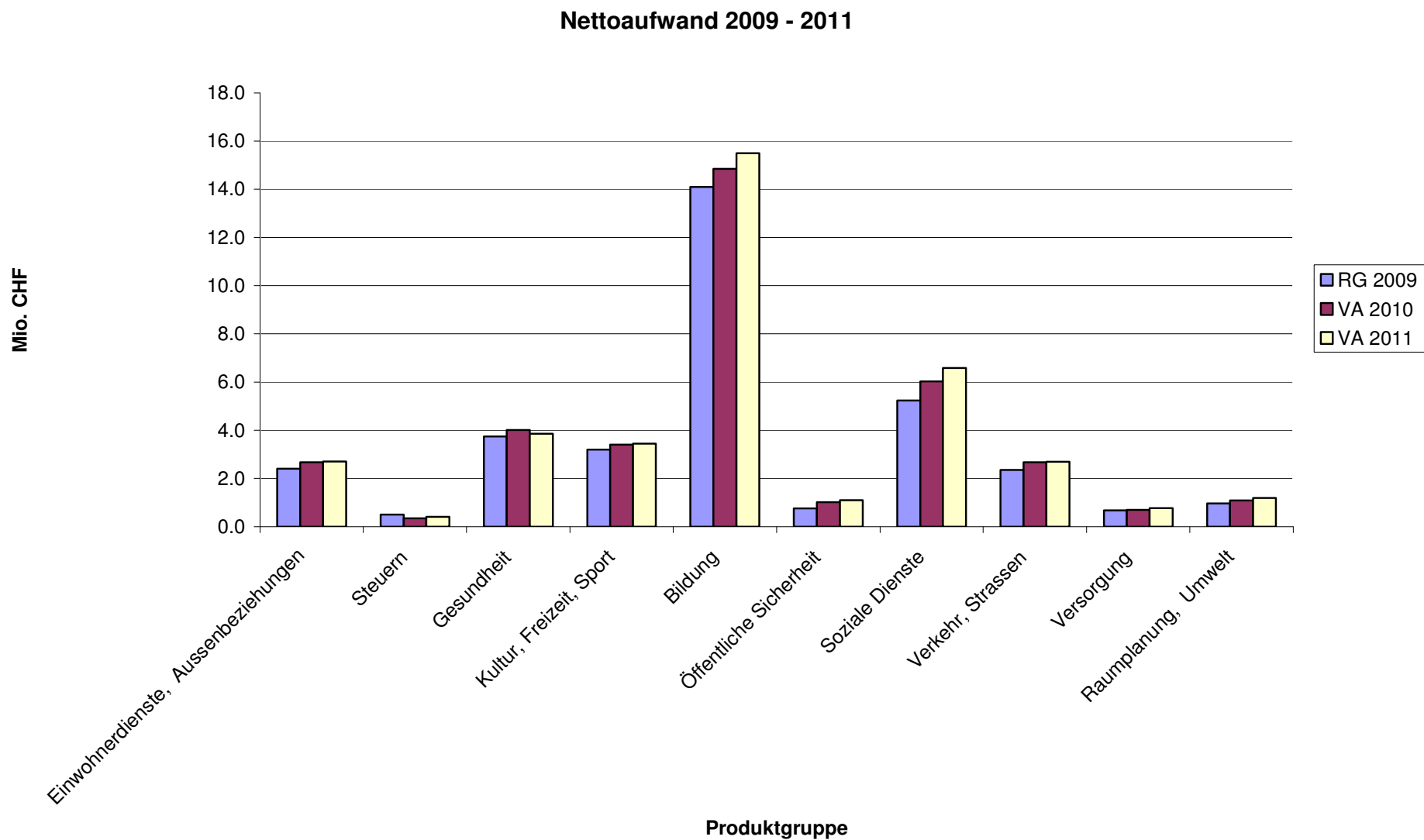
Über die finanzielle Entwicklung und geplante Vorhaben in den einzelnen Produktgruppen und Produkten geben die folgenden Seiten Auskunft.

Tabelle 2

Mio. CHF	RG 2006	RG 2007	RG 2008	RG 2009	VA 2010	VA 2011	Differenz VA / VA	
Aufwand aller Globalbudgets total	55.4	55.5	56.8	50.0	53.8	54.5	0.7	1%
Ertrag aller Globalbudgets total	15.5	15.5	16.2	16.1	17.0	16.3	- 0.7	-4%
Globalbudget	- 39.9	- 40.0	- 40.6	- 33.9	- 36.8	- 38.2	- 1.5	4%
1 Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	- 2.5	- 2.4	- 2.5	- 2.4	- 2.7	- 2.7	0.0	1%
2 Steuern	- 0.3	- 0.8	- 0.3	- 0.5	- 0.3	- 0.4	- 0.1	18%
3 Gesundheit *	- 3.6	- 3.6	- 4.3	- 3.7	- 4.0	- 3.9	0.1	-4%
4 Kultur, Freizeit/Sport	- 2.9	- 3.0	- 3.2	- 3.2	- 3.4	- 3.5	0.0	1%
5 Bildung	- 12.4	- 12.9	- 13.3	- 14.1	- 14.9	- 15.5	- 0.6	4%
6 Öffentliche Sicherheit	- 0.9	- 0.9	- 0.8	- 0.8	- 1.0	- 1.1	- 0.1	9%
7 Soziale Dienste *	- 11.5	- 11.7	- 10.9	- 5.2	- 6.0	- 6.6	- 0.5	9%
8 Verkehr, Strassen *	- 4.3	- 3.5	- 3.9	- 2.4	- 2.7	- 2.7	0.0	1%
9 Versorgung	- 0.8	- 0.9	- 0.7	- 0.7	- 0.7	- 0.8	- 0.1	10%
10 Raumplanung, Umwelt	- 0.5	- 0.3	- 0.9	- 1.0	- 1.1	- 1.2	- 0.1	9%

* Ab 1. Januar 2010 ist das neue Finanzausgleichsgesetz in Kraft. Der Ausweis des horizontalen Finanzausgleichs erfolgt ab Voranschlag 2010 ausserhalb der Globalbudgets. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden die Vorjahre im Vergleich zur offiziellen Berichterstattung entsprechend angepasst.

Grafik 1 illustriert den Nettoaufwand (in Mio. CHF) der Produktgruppen für die Jahre 2009 - 2011:



3.1 PG 1 Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 11/15
	2007	2008	2009	2010	2011	VA/ VA		2012	2013	2014	2015	
Aufwand total	2 649	2 782	2 692	2 780	2 953	174	6%	3 036	3 071	3 106	3 141	2%
Ertrag total	270	301	284	108	254	147	136%	254	254	254	254	0%
Globalbudget	-2 379	-2 481	-2 408	-2 672	-2 699	-27	1%	-2 782	-2 816	-2 851	-2 887	2%
A. Produktbudgets netto												
1.1 Einwohnerdienste	- 467	- 538	- 486	- 711	- 747	- 36	5%	- 759	- 771	- 784	- 797	2%
1.2 Einwohnerrat	- 258	- 243	- 305	- 268	- 287	- 19	7%	- 290	- 292	- 295	- 297	1%
1.3 Gemeinderat	-1 187	-1 202	-1 111	-1 110	-1 118	- 8	1%	-1 131	-1 144	-1 157	-1 171	1%
1.4 Wahlen, Abstimmungen *												
1.5 Aussenbeziehungen	- 76	- 83	- 88	- 86	- 72	15	-17%	- 72	- 72	- 72	- 72	0%
B. Produktgruppengemeinkosten	- 391	- 414	- 418	- 497	- 474	22	-5%	- 530	- 536	- 543	- 550	4%

* Seit 2007 im Produkt 1.1 Einwohnerdienste integriert

Einwohnerdienste: Der Bereich Telefonzentrale/Empfang wird per 1.1.2011 in die Abteilung EWS und in das Produkt Einwohnerdienste integriert (bisher ZD bzw. Leistungszentrum 1). Gleichzeitig wird auch aufgrund einer Veränderung im Stellenprofil (Verzicht auf Abenddienst) die Stellendotation um rund 20% auf 110% reduziert.

Für 2011 rechnet der Gemeinderat mit drei kommunalen Abstimmungen (Initiative Landschaftsschutz, Referendum Ortsplanung und allenfalls Spiegelfeld: Verkauf Primarschulhaus/Kauf Dreifachturnhalle). Zudem werden die Stimmrechtsausweise und -couverts neu gedruckt (in der Regel 2 Jahresrhythmus).

Einwohnerrat: Aufgrund der anstehenden Bauprojekte (u.a. Sanierung/Neubau Garderobengebäude Spiegelfeld) wurden für die entsprechende Beratung in der BPK gegenüber 2010 höhere Vergütungen für Sitzungen und Vorbereitung veranschlagt.

Gemeinderat: Personal- und Sachaufwand bleiben nahezu unverändert.

Aussenbeziehungen: Für das Projekt „Kaluga“ wurden keine Mittel mehr eingestellt. Nach 10jährigem erfolgreichem Bestehen wird dieses Projekt infolge Projektaufgabe durch den Projektleiter nicht mehr weitergeführt. Rund 100 Studenten hatten in dieser Zeit Einblick in die Arbeitswelt und erhielten einen Überblick über unser Staatsgefüge.

3.2 PG 2 Finanzen, Steuern

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 11/15
	2007	2008	2009	2010	2011	VA/ VA		2012	2013	2014	2015	
Aufwand total	1 224	2 059	2 083	2 240	2 198	- 42	-2%	2 240	2 273	2 306	2 339	2%
Ertrag total	437	1 743	1 586	1 892	1 787	- 104	-6%	1 787	1 787	1 787	1 787	0%
Globalbudget	- 787	- 316	- 496	- 348	- 411	- 63	18%	- 453	- 485	- 518	- 552	8%
A. Produktbudgets netto												
2.1 Steuern	- 559	- 517	- 556	- 625	- 592	33	-5%	- 611	- 631	- 651	- 672	3%
2.2 Finanzvermögen *	484	443	309	573	485	- 88	-15%	477	469	460	451	-2%
B. Produktgruppengemeinkosten	- 228	- 242	- 249	- 297	- 304	- 8	3%	- 319	- 323	- 327	- 331	2%

* RG 2006 und 2007: Zahlen nur zur Info (das Produkt ist ab dem Voranschlag 2008 neu der PG 2 zugeordnet)

Steuern: Das Produkt Steuern schliesst vor allem aufgrund einer Pensenreduktion etwas besser ab. Bei den übrigen Aufwendungen und Erträgen werden keine wesentlichen Änderungen erwartet.

Finanzvermögen: Ein Minderaufwand resultiert beim baulichen Unterhaltsaufwand, da eine KAP-Massnahme vorsieht, anstatt 1% des Versicherungswertes der Liegenschaften nur 0,9% für den baulichen Unterhalt einzusetzen. Ertragsseitig fallen im Vergleich zum Vorjahr die Einnahmen tiefer aus, da durch verkaufte Objekte Mietszinseinnahmen wegfallen.

3.3 PG 3 Gesundheit

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 11/15
	2007	2008	2009	2010	2011	VA/ VA		2012	2013	2014	2015	
Aufwand total	3 607	3 392	3 813	4 057	3 912	- 145	-4%	3 913	3 921	3 930	3 938	0%
Ertrag total	24	86	67	51	52	1	2%	52	52	52	52	0%
Globalbudget	-3 583	-3 306	-3 746	-4 006	-3 860	146	-4%	-3 861	-3 869	-3 878	-3 886	0%
A. Produktbudgets netto												
3.1 Gesundheitsförderung	- 68	- 68	- 69	- 70	- 71	- 1	1%	- 71	- 71	- 71	- 72	0%
3.2 Ambulante Gesundheits- und Betagtenangebote	-1 366	-1 981	-1 997	-2 164	-1 959	205	-9%	-1 963	-1 968	-1 973	-1 977	0%
3.3 Familienexterne Kinderbetreuung	-1 039	-1 134	-1 514	-1 578	-1 617	- 39	2%	-1 618	-1 619	-1 621	-1 622	0%
3.4 Stationäre Angebote *	-1 017	- 15	- 30	- 30	- 30	0	0%	- 30	- 30	- 30	- 30	0%
B. Produktgruppengemeinkosten												
	- 94	- 108	- 136	- 163	- 183	- 20	12%	- 178	- 181	- 183	- 186	0%

* Ab 1. Januar 2010 ist das neue Finanzausgleichsgesetz in Kraft. Der Ausweis des horizontalen Finanzausgleichs erfolgt ab Voranschlag 2010 ausserhalb der Globalbudgets. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, erfolgt der Ausweis 2008 - 2009 im Vergleich zur offiziellen Berichterstattung ebenfalls ohne Finanzausgleich (2006 - 2007 andere Verbuchungspraxis).

Der Gemeinderat hat sich für seine Legislaturperiode von 2008 – 2012 zum Ziel gesetzt, ein zeitgemässes Alterskonzept zu entwickeln. Eine externe Projektleitung wurde engagiert, das neue Alterskonzept soll bis Ende 2011 vorliegen (externe Unterstützung insgesamt 2010/2011: CHF 45 000).

Gesundheitsförderung: Der Gemeinderat sieht vor, mit dem Offenen Treffpunkt (OT) eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen: Die Institution ist im Familienzentrum (FAZ) untergebracht und vermittelt Eltern bzw. Ratsuchende an hausinterne und -externe Institutionen im Bereich von Erziehung, Prävention und Integration. Sie richtet dabei ein besonderes Augenmerk auf Integrations- und Migrationsfragen. Weiter bietet der OT eine deutschsprachige Spielgruppe für fremdsprachige Kinder im Vorschulalter an.

Ambulante Gesundheits- und Betagtenangebote: Das Budget für die Ausgaben im Spitexbereich (kommunale und überkommunale) wurde für 2011 im Rahmen der KAP mit einem Kostendach von CHF 1,7 Mio. versehen. Die Vorgabe wurde mit der kommunalen Spitex besprochen. Die Spitex Binningen konnte in den letzten Jahren dank Steigerung des Anteils der anrechenbaren Kosten an den Gesamtkosten ihre Effizienz erhöhen. Nicht berücksichtigt, da zum Zeitpunkt der Budgetierung noch offen, sind die Auswirkungen der neuen Pflegefinanzierung.

Die Tagestaxen der Tagesstätte Schlossacker wurden um CHF 10 pro Tag erhöht (KAP-Massnahme), was für Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Binningen einen Tagesansatz von CHF 70 ergibt. Ebenfalls wurde beschlossen, keine Kostenbeiträge mehr an Tagesstätten ausserhalb der Gemeinde Binningen zu gewähren.

Familienexterne Kinderbetreuung: Mit KAP hat der Gemeinderat entschieden, das Budget 2011 auf dem Stand des Budget 2010 (CHF 1,5 Mio.) einzufrieren. Die Umstellung von der Objekt- zur Subjektfinanzierung soll auf das Jahr 2012 und - falls bis dann schon vorliegend - unter Berücksichtigung der kantonalen Rechtsgrundlagen erfolgen.

Stationäre Angebote: Die Auswirkungen der neuen Pflegefinanzierung sind noch nicht bekannt. Der Regierungsrat hat das Geschäft im September 2010 an den Landrat verabschiedet.

3.4 PG 4 Kultur, Freizeit/Sport

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 11/15
	2007	2008	2009	2010	2011	VA/ VA		2012	2013	2014	2015	
Aufwand total	3 576	3 931	3 797	3 975	3 996	22	1%	4 021	4 064	4 108	4 152	1%
Ertrag total	586	735	601	570	546	-25	-4%	546	546	546	546	0%
Globalbudget	-2 990	-3 196	-3 197	-3 404	-3 451	-46	1%	-3 476	-3 519	-3 562	-3 607	1%
A. Produktbudgets netto												
4.1 Kultur	-746	-723	-707	-755	-776	-21	3%	-782	-788	-794	-800	1%
4.2 Freizeit / Sport	-1 678	-1 855	-1 817	-1 955	-1 949	6	0%	-1 974	-2 000	-2 027	-2 054	1%
B. Produktgruppengemeinkosten	-567	-618	-673	-694	-726	-32	5%	-720	-731	-742	-754	1%

Freizeit/Sport: Der Gemeinderat hat im Frühjahr 2010 einen sechswöchigen Versuch mit 'Midnight Basketball' durchgeführt. Die Resonanz war gut. Aufgrund der kurzen Versuchsphase kann aber keine objektive Beurteilung erfolgen. Bevor eine definitive Entscheidung gefällt werden kann, soll daher im Frühjahr 2011 nochmals ein verlängerter Versuch (12 Wochen) durchgeführt werden (CHF 4000). Ausserdem steht die Planung eines neuen Garderobengebäudes auf der Sportanlage Spiegelfeld an. Sofern der Planungskredit vom Einwohnerrat bewilligt wird, können die Unterlagen für einen Wettbewerb ausgearbeitet werden. Im Hallenbad muss schliesslich eine neue Deckenisolation installiert werden, da die bestehende nicht mehr dicht ist (CHF 40 000).

3.5 PG 5 Bildung

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 11/15
	2007	2008	2009	2010	2011	VA/ VA		2012	2013	2014	2015	
Aufwand total	15 668	16 173	17 179	17 947	18 396	448	2%	18 708	19 020	19 339	19 663	2%
Ertrag total	2 736	2 909	3 086	3 096	2 904	-192	-6%	2 904	2 904	2 904	2 904	0%
Globalbudget	-12 932	-13 264	-14 093	-14 851	-15 491	-640	4%	-15 803	-16 116	-16 434	-16 759	2%
A. Produktbudgets netto												
5.1 Kindergarten, Primarschule	-10 137	-10 311	-10 815	-11 363	-12 074	-711	6%	-12 291	-12 512	-12 738	-12 968	2%
5.2 Musikschule	-1 038	-1 130	-1 229	-1 361	-1 495	-134	10%	-1 550	-1 606	-1 664	-1 722	4%
5.3 Sekundarschule	-631	-511	-594	-624	-403	220	-35%	-416	-430	-444	-458	3%
5.4 Erwachsenenbildung	-79	-94	-79	-98	-94	4	-4%	-97	-99	-102	-105	3%
5.5 Gesundheitsförderung und Beratungsstellen	-159	-186	-228	-231	-259	-27	12%	-261	-263	-266	-268	1%
B. Produktgruppengemeinkosten	-888	-1 031	-1 148	-1 175	-1 166	9	-1%	-1 189	-1 205	-1 222	-1 239	2%

Kindergarten/Primarschule: Seit Sommer 2010 wird aufgrund der gestiegenen Kinderzahlen gegenüber dem Voranschlag 2010 eine zusätzliche Kindergartenklasse geführt (insgesamt 12). Gemäss aktueller Einschätzung wird dieser zusätzliche Kindergarten auch im nächsten Schuljahr geführt. Die Zahl der Primarschulklassen bleibt unverändert (26 Regel- und 5 Kleinklassen). Die effektive Zahl der zu bildenden Klassen für das Schuljahr 2011/12 steht aber erst im April 2011 fest.

Bei den Mittagstischen erwartet der Gemeinderat eine leichte Zunahme der Nachfrage, bei der Nachmittagsbetreuung, die im Sommer 2010 eingeführt worden ist, eine stärkere. Die Zahlen bei der Nachmittagsbetreuung für das Schuljahr 2010/11 liegen deutlich hinter den Erwartungen zurück. Dies führt bei fixen Personalkosten und weniger Einnahmen zu einem schlechteren Kostendeckungsgrad. Für das kommende Jahr (erstmalig 12 Monate) wurde ein Nettoaufwand von rund CHF 250 000 veranschlagt.

Die mittlerweile fünf Jahre alte EDV-Infrastruktur an der Primarschule muss ersetzt werden. Der Ersatz soll in Etappen über drei Jahre erfolgen, weil damit noch funktionstüchtige Geräte in Betrieb bleiben können. Für das Jahr 2011 wird ein Betrag von CHF 57 000 eingesetzt, in den Folgejahren sollen zwei weitere Tranchen (CHF 42 000 resp. CHF 34 000) folgen.

In den Jahren 2011/12 soll zudem ein Pilotprojekt mit Klassenmusizieren durchgeführt werden. Eine ganze Klasse bildet ein Klassenorchester, der reguläre Musikunterricht wird von einer Lehrperson der Musikschule unterstützt. Hierfür werden 2 Lektionen einer Musikschullehrkraft eingesetzt; die Lohnkosten werden

aber der Primarschule belastet (+ CHF 10 000). Die Eltern beteiligen sich an den Kosten, indem sie für die Instrumentenmiete aufkommen.

Musikschule: Die Zahl der bewilligten Lektionen wird um 5 auf 410 erhöht. Damit sollte die Nachfrage für das kommende Schuljahr abgedeckt werden können (unter Einhaltung der Bestimmung des Leistungsauftrags, dass die Wartefrist höchstens ein Semester betragen darf).

Die Musikschule plant die Durchführung eines Musicals im Jahre 2012. Da die Vorbereitungsarbeiten bereits im Jahre 2011 aufgenommen werden, wurden hierfür CHF 4000 ins Budget eingesetzt. Eine zweite Tranche (CHF 9000) wird mit dem Budget 2012 folgen.

Sekundarschule: Für den Sommer 2011 ist die Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton vorgesehen. Die Verhandlungen mit dem Kanton sind weitestgehend abgeschlossen, die Landratsvorlage vom Regierungsrat verabschiedet. Da die Übernahme auf den 1.8.2011 stattfinden soll, wurden die ersten sieben Monate nach den alten und die letzten fünf Monate nach den neuen Eigentumsverhältnissen budgetiert; wobei noch gewisse Unsicherheiten bestehen. Die Übernahm der Anlagen durch den Kanton ist kurzfristig mit einem Buchgewinn verbunden (Investitionsplanung). Allerdings sollen die Gemeinden gemäss Vorlage die Lastenverschiebung über den Finanzausgleich zurück erstatten. Für Binningen ist gegenüber heute mit Mehrkosten von rund CHF 0,3 Mio. zu rechnen.

Im Vergleich zum Vorjahr gibt es im Bereich des baulichen Unterhalts Minderausgaben. Zudem finanziert die Gemeinde nicht länger zusätzliche Stellenprozente für die Schulsozialarbeit.

Gesundheitsförderung und Beratungsstellen: Es ist eine Einlage von CHF 40 000 in die Kasse der Kinder- und Jugendzahnpflege notwendig.

3.6 PG 6 Öffentliche Sicherheit

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 11/15
	2007	2008	2009	2010	2011	VA/ VA		2012	2013	2014	2015	
Aufwand total	1 635	1 549	1 518	1 646	1 767	121	7%	1 787	1 811	1 835	1 859	1%
Ertrag total	721	784	766	635	668	34	5%	668	668	668	668	0%
Globalbudget	- 914	- 765	- 751	- 1 011	- 1 098	- 88	9%	- 1 119	- 1 143	- 1 167	- 1 191	2%
A. Produktbudgets netto												
6.1 Gemeindeführungsstab	- 21	- 22	- 21	- 36	- 36	0	0%	- 36	- 36	- 37	- 37	1%
6.2 Feuerwehr	- 163	- 106	- 75	- 167	- 133	33	-20%	- 141	- 149	- 157	- 166	6%
6.3 Gemeindepolizei	- 439	- 312	- 329	- 365	- 374	- 9	2%	- 381	- 388	- 395	- 403	2%
6.4 Zivilschutz	- 40	- 65	- 51	- 126	- 217	- 91	72%	- 221	- 224	- 228	- 231	2%
B. Produktgruppengemeinkosten												
	- 251	- 260	- 275	- 317	- 339	- 22	7%	- 340	- 345	- 350	- 355	1%

Feuerwehr: Im Investitionsbudget 2011 ist vorgesehen, zwei alte Fahrzeuge und die Anhängelleiter durch ein neues Kombi-Fahrzeug mit motorisierter Leiter zu ersetzen (CHF 0,7 Mio.).

Gemeindepolizei: Der Kanton hat seit längerer Zeit auf das digitale Funksystem Polycom umgestellt und die Gemeindepolizei hat mit der bestehenden Analogfunkanlage keine Verbindung mehr zur Kantonspolizei. Die Funkverbindung ist für die Gemeindepolizei sicherheitsrelevant, da bei einem Notfall via Funk schnell Hilfe beigezogen und der Polizist/die Polizistin sogar via Funk geortet werden kann. Für die Gemeindepolizei ist die Anschaffung von 4 Polycom-Funkgeräten (CHF 17 000) vorgesehen.

Zivilschutz: Bei der Anlage Wassergraben dringt vom darüberliegenden Sportplatz her Wasser ein. Die Anlage muss deshalb saniert (CHF 45 000) werden. Im Ortskommandoposten - auch Kommandoposten des Gemeindeführungsstabs - müssen die Telematiksysteme den aktuellen Vorgaben des Bundes angepasst (CHF 70 000) werden. Dieser Betrag wird in den nächsten Jahren grösstenteils vom Bund zurückerstattet. In der Bereitstellungsanlage Bruderholzrain muss ein Kochherd (CHF 14 000) ersetzt werden.

3.7 PG 7 Soziale Dienste

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 11/15
	2007	2008	2009	2010	2011	VA/ VA		2012	2013	2014	2015	
Aufwand total	14 602	7 966	8 246	9 246	9 492	247	3%	9 651	9 810	9 973	10 139	2%
Ertrag total	2 862	2 948	3 015	3 212	2 915	- 297	-9%	2 960	3 005	3 052	3 100	2%
Globalbudget	-11 740	-5 018	-5 231	-6 034	-6 577	- 543	9%	-6 691	-6 805	-6 921	-7 039	2%
A. Produktbudgets netto												
7.1 Vormundschaft	- 339	- 266	- 327	- 396	- 434	- 38	10%	- 440	- 447	- 453	- 460	1%
7.2 Beratung, Prävention	- 207	- 203	- 463	- 438	- 471	- 33	8%	- 475	- 479	- 483	- 487	1%
7.3 Finanz-/Sozialhilfe *	-10 618	-3 845	-3 703	-4 441	-4 836	- 396	9%	-4 929	-5 024	-5 120	-5 218	2%
7.4 Asyl	- 59	- 89	- 223	- 154	- 207	- 54	35%	- 208	- 209	- 209	- 210	0%
B. Produktgruppengemeinkosten												
	- 517	- 615	- 515	- 606	- 629	- 23	4%	- 639	- 647	- 655	- 664	1%

* Ab 1. Januar 2010 ist das neue Finanzausgleichsgesetz in Kraft. Der Ausweis des horizontalen Finanzausgleichs erfolgt ab Voranschlag 2010 ausserhalb der Globalbudgets. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, erfolgt der Ausweis 2008 - 2009 im Vergleich zur offiziellen Berichterstattung ebenfalls ohne Finanzausgleich (2006 - 2007 andere Verbuchungspraxis).

In der **Vormundschaft** trat am 1.4.2009 die neue Gebührenverordnung in Kraft. Die Tätigkeiten im Vormundtschaftsbereich werden demnach nicht mehr nach der Höhe des Mündelvermögens sondern nach Aufwand entschädigt. Weil die Vormundschaft hohe Mündelvermögen verwaltet, werden sich die Einnahmen verringern. Ab dem Jahr 2011 werden alle vormundtschaftlichen Massnahmen mit der neuen Gebührenverordnung abgerechnet, es sind weniger Einnahmen wie in den Vorjahren zu erwarten.

Die Kosten der nicht gesetzlichen Leistungen und Mietzinsbeiträge werden seit 2009 im Produkt **Beratung und Prävention** ausgewiesen (vorher Finanz-/Sozialhilfe). Die präventiven Massnahmen sollen helfen, eine Sozialhilfeunterstützung zu vermeiden. Die Mietzinsbeiträge sind stark zunehmend (Rechnung 2009: 0,21 Mio.). Mit der KAP hat der Gemeinderat entschieden, die Überarbeitung des Reglements über Mietzinsbeiträge zu prüfen. Als Alternative zu Mietzinsbeiträgen können gemeindeeigene Liegenschaften eingesetzt werden. Diese fallen jedoch aus unterschiedlichen Gründen vermehrt weg (z.B. Hasenrainstr. 89, Hohle Gasse 8, Curt Goetz-Strasse 27, Hauptstrasse 14), was die Situation im Bereich günstiger Wohnraum verschärft.

Im Produkt **Finanz- und Sozialhilfe** waren bis 2009 die eigenen Beiträge an den Kanton gemäss Finanzausgleich ausgewiesen. Diese Beiträge fallen weg (Sonderschulbeiträge) bzw. werden ausserhalb des Produkts ausgewiesen (der Beitrag an die Ergänzungsleistungen wird im Rahmen des Finanzausgleichs ausgewiesen, vgl. 5. Abstimmungsbrücke). Bei der Finanz- und Sozialhilfe ist der gesamtschweizerisch prognostizierte Fallanstieg für das Jahr 2010 in den meisten Gemeinden noch ausgeblieben, grössere Schwankungen haben die Städte zu verzeichnen. Die Gemeinde Binningen rechnet mit einem weiteren Zuwachs für das Jahr 2011, investiert jedoch weiter in die Projekte zur Vermeidung von Langzeit-Arbeitslosigkeit. Im Rahmen der KAP wurde das Arbeitsintegrationskonto gegenüber dem VA 2010 auf CHF 0,3 Mio. gekürzt.

Im Bereich **Asyl** sollen Personen mit einer vorläufigen Aufnahme (Status F, VA7- und VA7+), zu Arbeit angehalten werden und Zugang zu beruflichen Fördermassnahmen haben. Der Aufwand für diese Massnahmen wird vom Kanton zu 100% an die Gemeinden zurück erstattet. Für vorläufig Aufgenommene, die länger als 7 Jahre in der Schweiz sind (VA7+), zahlt der Kanton seit 2008 keine Unterstützungspauschalen mehr. Für Asylsuchende ohne Arbeitsbewilligung, vorwiegend Asylsuchende mit Ausweis N, sollen geeignete Tagesstrukturen (Deutschkurse, Arbeiten für die Gemeinde Binningen, z.B. im Rahmen des Projekts Littering) zur Verfügung stehen. Für berufliche Integration der VA7+ ist ein Betrag von CHF 35 000 vorgesehen und für VA7- CHF 55 000. Für Asylsuchende mit Status N sind für Tagesstrukturen wiederum CHF 20 000 eingesetzt. Die ORS Service AG übernimmt die Beratung und Betreuung derjenigen Asylsuchenden, welche von der Sozialhilfe abhängig sind und/oder in gemeindeeigenen Wohnungen leben. Unabhängig wohnende Asylsuchende mit eigenem Erwerb, die nicht teilunterstützt werden müssen, werden in der Regel nicht betreut.

3.8 PG 8 Verkehr, Strassen

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz
	2007	2008	2009	2010	2011	VA/ VA		2012	2013	2014	2015	Ø 11/15
Aufwand total	2 620	2 810	2 889	3 203	3 150	- 53	-2%	3 172	3 209	3 247	3 285	1%
Ertrag total	610	571	533	536	458	- 77	-14%	458	458	458	458	0%
Globalbudget	-2 010	-2 239	-2 356	-2 668	-2 691	- 24	1%	-2 714	-2 751	-2 788	-2 827	1%
A. Produktbudgets netto												
8.1 Allmend-/ Parkraumbewirtschaftung	464	360	310	325	250	- 75	-23%	246	243	239	235	-2%
8.2 Gemeindestrassen	-1 952	-2 050	-2 077	-2 294	-2 284	10	0%	-2 307	-2 331	-2 356	-2 381	1%
8.3 Gemeindeverkehr	- 178	- 257	- 279	- 367	- 299	67	-18%	- 303	- 306	- 310	- 313	1%
8.4 Öffentlicher Verkehr *	- 57	- 54	- 53	- 55	- 53	2	-3%	- 54	- 54	- 55	- 55	1%
B. Produktgruppengemeinkosten	- 287	- 238	- 257	- 277	- 304	- 28	10%	- 297	- 301	- 307	- 312	1%

* Ab 1. Januar 2010 ist das neue Finanzausgleichsgesetz in Kraft. Der Ausweis des horizontalen Finanzausgleichs erfolgt ab Voranschlag 2010 ausserhalb der Globalbudgets. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, erfolgt der Ausweis im Vergleich zur offiziellen Berichterstattung ebenfalls ohne Finanzausgleich. Das neue Finanzausgleichsgesetz sieht eine Aufhebung der Gemeindebeiträge an den öffentlichen Verkehr vor (als Kompensation für den horizontalen Ausgleich).

Allmend- und Parkraumbewirtschaftung: Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung gehen um CHF 30 000 zurück, da der Kanton als Eigentümer der Kantonsstrassen die Hälfte aus der Bewirtschaftung dieser Strassen verlangt.

Gemeindestrassen: Der Gemeinderat hat mit der KAP beschlossen, den Strassenunterhalt in den nächsten Jahren jeweils um 10% (rund CHF 50 000) zu kürzen.

Auf folgenden Strassen sind werterhaltende Strassenunterhaltsarbeiten vorgesehen:

- Wassergrabenstrasse (Benkenstrasse – Walter Fürst-Strasse, mit Wasserleitungsarbeiten),
- Margarethenstrasse (Bruderholzstrasse – Bruderholzrain, mit Wasserleitungsarbeiten),
- Kronenweg (mit Ersatz öffentliche Beleuchtung und mit Wasser- und Abwasserleitungsbau),
- Neubadrain (Paradiesstrasse – Allschwilerweg, inklusive kombiniertem Radweg/Trottoir, kombiniert mit Arbeiten der EBM),
- Schweissbergweg (wurde aufgrund rechtlicher und bautechnischer Abklärungen wegen einer Stützmauer zurückgestellt).

Folgende Projektierungen sind geplant:

- neue Erschliessung an der Hohlegasse im Zusammenhang mit dem Neubau des Alterszentrums Schlossacker,
- Sanierung der Benkenstrasse (Kronenplatz – Steinenkreuzstrasse),
- Allschwilerweg (Neubadrain – Multenweg, inkl. Kreuzungsbereich Neubadrain)
- Münsterplatz (Sanierung/Umgestaltung).

Bei der Vermessung stehen neben den ordentlichen Nachführungs- und Unterhaltsarbeiten eine erste Etappe zur systematischen und flächendeckenden Rekonstruktion der Lage- und Höhefixpunkte an (CHF 15 000). Für die Baulinien sind in Zusammenarbeit mit der Erweiterung des Datenmodells durch den Kanton gebiets- und strassenweise Anpassungen notwendig, um mehr Rechtssicherheit zu erlangen (CHF 40 000). Die Umarbeitung des Leitungskatasters gemäss kantonaler Verordnung wird mit einem Vorprojekt gestartet (CHF 5000). Der im 2010 beschlossene Strassennetzplan wird in das geographische Informationssystem (GIS) übernommen.

Die heutigen Plakatständer für Informationen der Gemeinde und der Vereine werden durch Schaukästen ersetzt (2011: CHF 16 000).

Im Naturschutzgebiet Herzogenmatt werden diverse Brücken über das Weiherbächli ersetzt.

3.9 PG 9 Versorgung

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 11/15
	2007	2008	2009	2010	2011	VA/ VA		2012	2013	2014	2015	
Aufwand total	6 660	6 663	6 796	7 552	7 390	- 162	-2%	7 430	7 467	7 505	7 543	1%
Ertrag total	5 763	6 002	6 117	6 852	6 619	- 232	-3%	6 624	6 628	6 633	6 637	0%
Globalbudget	- 898	- 661	- 679	- 700	- 771	- 71	10%	- 806	- 839	- 872	- 906	4%
A. Produktbudgets netto												
9.1 Abwasserbeseitigung (SF)	- 281	- 55	0	0	- 11	- 11	-158759%	- 23	- 33	- 43	- 53	48%
9.2 Abfallentsorgung (SF)	8	8	- 51	- 40	- 92	- 51	127%	- 99	- 105	- 112	- 119	7%
9.3 Wasserversorgung (SF)												
9.4 Bestattung	- 580	- 578	- 577	- 613	- 619	- 6	1%	- 629	- 639	- 649	- 659	2%
9.5 GGA (SF)	- 39	- 13	0	0	0	0	-35%	- 6	- 12	- 18	- 24	#ZAHL!
9.6 Energieversorgung	- 7	- 24	- 52	- 47	- 49	- 2	5%	- 50	- 50	- 50	- 50	0%
B. Produktgruppengemeinkosten												

SF = Spezialfinanzierter Bereich

Abwasserbeseitigung: Im Rahmen des GEP-Investitionsprogrammes wird das Trennsystem an der Tiefengrabenstrasse (Bollwerkstrasse – Rottmannsbodenstrasse) fertig gestellt. Am Kronenweg müssen die IWB dringlich eine Wasserleitung ersetzen. Wegen den engen Platzverhältnissen in den Werkleitungstrassées des Kronenwegs ist die gleichzeitige Erstellung einer Sauberwasserleitung zur Ableitung des Regenwassers gemäss GEP vorzusehen. Zur Kompensation wird die geplante Realisierung des Trennsystems in der Winterhalde auf 2012 zurückgestellt. Für das Trennsystem an der Benkenstrasse und für den Hochwasserschutz am Dorenbach werden Projekte erstellt.

Der Kanton erhöht per 1.1.2011 die ARA-Gebühr wegen gestiegener Kosten und sinkendem Wasserverbrauch von CHF 1,31/m³ auf 1,38/m³. Diese Gebührenerhöhung wird den Binninger Haushalten weiter verrechnet. Die Gemeinde lässt ihre Abwassergebühren unverändert.

Abfallentsorgung: Die Abfallvermeidungskampagne an den Binninger Primar- und Sekundarschulen wird weitergeführt. Um die Abfallentsorgung an den Schulen und in der Verwaltung zu optimieren und Littering an Grossanlässen zu reduzieren, werden spezifische Entsorgungs- und Beschaffungsrichtlinien erarbeitet (CHF 10 000). Die Resultate der ersten Umsetzungsetappe des Littering-Konzepts werden erhoben. Im Rahmen der mittelfristigen Umstellung der Quartiersammelstellen wird eine weitere unterirdische Anlage in Betrieb genommen. Die positive Kostenentwicklung der Spezialfinanzierung führt dazu, dass die Kehrichtgebühren auf CHF 2,00 (Basis 35 l-Sack, bisher CHF 2,20) gesenkt werden können. Im Rahmen der KAP hat der Gemeinderat beschlossen, eine Gebühr für den (bisher kostenlosen) Häckseldienst einzuführen (Neu: bis 15 Minuten 5 Grünvignetten à CHF 3,00, jede weiteren 15 Minuten CHF 45,00).

GGA: Zur Reduktion der Störungsanfälligkeit infolge zunehmendem Internetbetrieb und Kabeltelefonie werden wie im Vorjahr weitere Anpassungen an den vorhandenen Zellengrößen (Anschlussgebiet ab einem Verstärker) vorgenommen. Neben den üblichen Betriebs- und Unterhaltsarbeiten ist schweremotig der altersbedingte Ersatz von Verstärkern geplant, um die Werterhaltung des Kabelnetzes sicherzustellen.

Energieversorgung: Die Zusammensetzung des Strombezugs wird gegenüber dem Vorjahr verändert und der Anteil erneuerbarer Energie wird wiederum gesteigert. Die Bezugsquoten betragen für die Anlagen der Einwohnergemeinde Binningen 93% (2009: 86%) erneuerbare Energie¹¹ und 7% (14%) nicht erneuerbare Energie (Kernenergie). Die Mehrkosten betragen rund CHF 15 000. Sämtlich bezogener Strom ist CO₂-frei.

Nach der Lancierung eines kommunalen Förderprogramms für private Energieoptimierungsmassnahmen im 2010 sollen neben den Angeboten von Kanton und EBM auch im Berichtsjahr Fördermittel in der Höhe von insgesamt CHF 20 000 für weitere Fördermassnahmen zur Verfügung stehen.

Der Verwaltungsrat der Wärmeversorgung Binningen AG (WBA) und der Gemeinderat sind dabei, die künftige Ausrichtung der WBA neu zu definieren. Für die breitere Verteilung der verstärkt mit erneuerbarer

¹¹ 84% (78%) Wasserkraft aus Grosswasserkraftwerken, 5% aus regionalen Kleinwasserkraftwerken, 4% diverse erneuerbare Energie aus Biomasse, Wind oder Geothermie und 0.1% aus Sonnenenergie von in Binningen stationierten Fotovoltaikanlagen.

Energie produzierten Wärme stehen für die WBA in jedem Fall eine grössere Investition für den Leitungsbau und vermehrte Anstrengungen für neue Anschlüsse an das Wärmenetz in der Talsohle bevor. Diese sollen jedoch ohne Gemeindebeitrag finanziert werden.

3.10 PG 10 Raumplanung, Umwelt

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 11/15
	2007	2008	2009	2010	2011	VA/ VA		2012	2013	2014	2015	
Aufwand total	1 779	954	1 012	1 142	1 247	104	9%	1 235	1 252	1 269	1 287	1%
Ertrag total	1 508	78	48	56	59	3	5%	59	59	59	59	0%
Globalbudget	- 271	- 876	- 964	-1 086	-1 188	- 101	9%	-1 176	-1 193	-1 210	-1 228	1%
A. Produktbudgets netto												
10.1 Ortsplanung	- 132	- 94	- 85	- 131	- 128	2	-2%	- 130	- 131	- 132	- 133	1%
10.2 Baugesuche	67	- 32	- 62	- 46	- 64	- 18	40%	- 66	- 68	- 70	- 71	3%
10.3 Umwelt	- 119	- 158	- 202	- 250	- 285	- 35	14%	- 287	- 289	- 292	- 294	1%
10.4 Liegenschaften im Finanzvermögen	484											
B. Produktgruppengemeinkosten	- 571	- 593	- 616	- 660	- 710	- 50	8%	- 693	- 705	- 717	- 729	1%

Prod. 10.4 ab 2008 in PG 2

Ortsplanung: Der Einwohnerrat hiess im Mai 2010 den neuen Zonenplan inklusive Reglement gut. Weil ein Referendum gegen diesen Beschluss ergriffen wurde, erfolgt im 2011 eine Volksabstimmung. Wird der Zonenplan angenommen, sind für 2011 die öffentliche Planaufgabe und die regierungsrätliche Genehmigung geplant.

Die Revision der altrechtlichen Teilzonenpläne und Quartierpläne wird fortgesetzt. 2011 werden voraussichtlich die Teilzonenpläne Hauptstrasse Nordwest und Kirschbaumacker sowie der Quartierplan Dorenbach dem Einwohnerrat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt

Umwelt: In Umsetzung des Legislaturprogramms 2008 – 2012 ist für 2011 die Aufwertung des Weiherbachs vorgesehen (CHF 20 000).

4. Die Leistungszentren im Überblick

Die Leistungszentren erbringen verwaltungsintern Dienstleistungen, die im Rahmen der allgemeinen Verwaltungsarbeiten (Personalwesen, Rechnungswesen, Informatik) allen Produkten zugute kommen. Diese Kosten werden (aufgrund der Anzahl Mitarbeitende, der Anzahl PC-Arbeitsplätze etc.) als eigentliche Overheadkosten auf die zehn Produktgruppen umgelegt.

Andererseits erbringt vor allem das Leistungszentrum 4 Bauadministration, Technische Betriebe (insbesondere der Werkhof) seine Dienstleistungen nicht für alle, sondern in der Hauptsache (90%) für rund sechs Produkte. Die dafür anfallenden Kosten werden aufgrund der Zeit- und Leistungserfassung den jeweiligen leistungsempfangenden Produkten weiter verrechnet.

Im Folgenden werden jeweils aus Sicht der Leistungszentren die wichtigsten Projekte/Massnahmen genannt, die für das nächste Jahr geplant sind.

4.1 LZ 1 Management, Personal

Insgesamt reduziert sich der Personalaufwand im LZ 1 gegenüber dem Vorjahr, da einerseits – wie bereits unter Ziffer 3.1 erwähnt - die zwei Mitarbeitenden der Telefonzentrale/Empfang nur noch mit 40% diesem Leistungszentrum belastet werden. Andererseits wird im 2011 nur eine kaufmännisch Auszubildende ihre Berufslehre beenden, so dass nur für eine Person eine dreimonatige Weiterbeschäftigungsmöglichkeit berechnet werden muss.

4.2 LZ 2 Rechnungswesen

Der höhere Nettoaufwand ist insbesondere durch zusätzlichen Sachaufwand im IT-Bereich (Kosten für Umsetzung von **HRM2** sowie Ausbau Kostenrechnung) begründet. Aufgrund des tiefen Zinsniveaus und des geringeren durchschnittlichen Kapitalbestandes (geplante Investitionen und höhere Finanzausgleichszahlungen) geht der Gemeinderat von tieferen Kapitalerträgen aus.

4.3 LZ 3 Gebäudeunterhalt

Für den Gebäudeunterhalt der gemeindeeigenen Liegenschaften steht ab 2011 neu ein reduzierter Betrag von 0,9% des Gebäudeversicherungswerts zur Verfügung. Die Reduktion hat der Gemeinderat im Zusammenhang mit der KAP beschlossen.

Nach Bereinigung der Besitzverhältnisse der Schulbauten mit dem Kanton kann 2011 ein neues Gesamtkonzept für die **Anlagenbetreuung** der Schul- und Gemeindeanlagen mit den geplanten vier Standorten ausgearbeitet und eingeführt werden.

Schwerpunkt im Gebäudeunterhalt bilden die Planung und fachliche Begleitung der Hochbauprojekte der Gemeinde insbesondere für die Kindergärten und Schulen sowie für die Sportanlagen. Die energetischen Sanierungen der gemeindeeigenen Bauten müssen aus finanziellen und organisatorischen Gründen zurückgestellt werden.

4.4 LZ 4 Bauadministration, technische Betriebe

Wenn die geplante Volksabstimmung für einen Planungskredit über CHF 0,32 Mio. für einen gemeinsamen Werkhof Binningen/Bottmingen im November 2010 positiv ausfällt, wird 2011 ein Wettbewerb/Studienauftrag ausgeführt und das Bauprojekt lanciert. Nach Vorliegen des Kostenvoranschlags wird zu Handen der Gemeindeversammlung Bottmingen und des Einwohnerrats Binningen der Baukreditantrag ausgearbeitet.

4.5 LZ 5 Informatik

Wegen des ständig zunehmenden Bedarfs an Speicherplatz erhöht sich die Menge der zu sichernden Daten und es muss ein leistungsfähigeres Datensicherungsgerät (CHF 20 000) angeschafft werden.

Bauseits sind die Anschaffung einer unterbrechungsfreien Stromversorgung im Verteilerraum des Kellers (CHF 25 000), der Ausbau der Glasfaserleitung (CHF 10 000) und ein weiteres Klimagerät (CHF 18 000) aus Redundanzgründen nötig.

Das PC Betriebssystem Windows XP wird aus wirtschaftlichen Gründen durch das aktuellere Betriebssystem Windows 7 abgelöst. Aus Kompatibilitätsgründen wird auch der Wechsel von Office 2003 auf Office 2010 vollzogen. Sämtliche Spezialprogramme der Fachabteilungen müssen durch die jeweiligen Softwarehersteller auf das neue Betriebssystem und die Office-Suite angepasst werden (CHF 25 000).

Nachdem der Ersatz der Personalcomputer (mittlerweile über sechs Jahre alt) im 2010 zurückgestellt wurde, drängt sich dieser nun für 2011 auf. Die Zahl der Störungen und Ausfälle nimmt deutlich zu.

5. Abstimmungsbrücke

Wie in Ziffer 2.3 dargestellt, schliesst der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit einem Netto-Aufwand von CHF 1,9 Mio. (Aufwand: CHF 75,0 Mio., Ertrag: CHF 73,1 Mio.; ohne "+B Verrechnungen"¹²) ab. Die Globalbudgets weisen gemäss Kapitel 3 insgesamt einen Netto-Aufwand von CHF 38,24 Mio. auf (Aufwand: CHF 54,5 Mio., Ertrag: CHF 16,26 Mio.). In diesem Kapitel soll mittels der Abstimmungsbrücke der Zusammenhang zwischen den beiden Netto-Beträgen erläutert werden. Die Brücke zwischen diesen beiden Rechnungen ist notwendig, damit jeder Franken entweder einem Globalbudget zugeteilt oder aber hier ausgewiesen wird.

Der Gesamtaufwand der Laufenden Rechnung inklusive "+B Verrechnungen" umfasst CHF 75,56 Mio. bzw. CHF 73,65 Mio. auf der Ertragsseite. Bis auf die Abschreibungen auf Investitionen und auf Steuereinnahmen, die Vergütungszinsen auf Steuereinnahmen, die internen Verrechnungen in der Finanzbuchhaltung, die Einlagen in die Vorfinanzierungen sowie neu den Finanzausgleich werden sämtliche Aufwendungen direkt oder über Schlüssel den Globalbudgets belastet.

Auch auf der Ertragsseite werden bis auf wenige Ausnahmen alle Einnahmen den Produktgruppenbudgets zugewiesen. Der grosse Unterschied liegt darin, dass die Mittel des grössten Ertragstopfs, die Steuereinnahmen, im Umfang von CHF 49,73 Mio., nicht in das Globalbudget des Produkts Steuern fliessen. Dasselbe gilt für die Verkehrsbussen, gewisse Vermögenserträge (Liegenschaftsverkauf), die Entnahmen aus Vorfinanzierungen, die Verzugszinsen auf Steuereinnahmen, die internen Verrechnungen sowie den Finanzausgleich. Da die Verrechnungen, die die Spezialfinanzierungen betreffen, dem jeweiligen Produkt zugeordnet werden, ist in dieser Abstimmung eine Differenz zwischen Aufwand und Ertrag bei den Verrechnungen zu erkennen.

Aufgrund der fehlenden Möglichkeit, die Transferzahlungen des neuen **Finanzausgleichs** einzelnen Produkten zuzuordnen, werden diese Zahlungsströme ausserhalb der Globalbudgets dargestellt. Im Voranschlag 2011 sind folgende Beträge berücksichtigt:

AUFWAND		VA 2011	RG 2010	VA 2010
Horizontaler Finanzausgleich	CHF	11 440 000	11 437' 26	7 222 100
Zusatz- und Einzelbeiträge	CHF	290 000	288 134	258 200
Anteil der Gemeinden an den Ergänzungsleistungen (32%) nach Einwohnerzahl	CHF	1 790 000	1' 94 832	1 801 300
TOTAL AUFWAND	CHF	13 520 000	13 520 092	9 281 600
ERTRAG				
Sonderlastabgeltung (Sozialhilfe)	CHF	340 000	340 903	401 700
TOTAL ERTRAG	CHF	340 000	340 903	401 700
TOTAL (Netto)	CHF	13 180 000	13 179 189	8 879 900

¹² Es handelt sich um die internen Leistungsverrechnungen unter den einzelnen Leistungszentren.

Tabelle 4

	in Mio. CHF	VA 2011		Saldo (- = Nettoaufwand)
		Aufwand	Ertrag	
A Globalbudgets		54.50	16.26	-38.24
Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen		2.95	0.25	-2.70
Steuern		2.20	1.79	-0.41
Gesundheit		3.91	0.05	-3.86
Kultur, Freizeit, Sport		4.00	0.55	-3.45
Bildung		18.40	2.90	-15.49
Öffentliche Sicherheit		1.77	0.67	-1.10
Soziale Dienste		9.49	2.92	-6.58
Verkehr, Strassen		3.15	0.46	-2.69
Versorgung		7.39	6.62	-0.77
Raumplanung, Umwelt		1.25	0.06	-1.19
+ B Verrechnete Erträge aus den Leistungszentren		0.80	0.80	0.00
+ C Positionen ausserhalb der Globalbudgets		20.26	56.59	36.33
Abschreibungen		3.24		-3.24
Vergütungszinsen auf Steuereinnahmen		0.25		-0.25
Abschreibungen auf Steuereinnahmen		0.23		-0.23
Interne Verrechnungen		3.02		-3.02
Einlagen in Vorfinanzierungen		0.00		0.00
Finanzausgleich (Ausgaben)		13.52		-13.52
Steuereinnahmen			49.73	49.73
Vermögenserträge			0.00	0.00
Entnahmen aus Vorfinanzierungen			3.24	3.24
Verzugszinsen			0.32	0.32
Verkehrsbussen			0.12	0.12
Interne Verrechnungen			2.84	2.84
Einnahmenüberschuss Investitionsrechnung			0.00	0.00
Finanzausgleich (Einnahmen)			0.34	0.34
= D Laufende Rechnung		75.56	73.65	-1.90

6. Die Verwaltungsrechnung im Überblick

6.1 Die Laufende Rechnung nach Artengliederung

Tabelle 5

in CHF Mio.	RG 2007	RG 2008	RG 2009	VA 2010	VA 2011	Differenz VA 10 / VA 11	Ø Differenz RG 09 / VA 11
3 Aufwand total	73.4	75.8	72.9	70.0	75.0	7.1%	1.4%
30 Personalaufwand	24.2	24.6	25.5	26.8	27.4	2.2%	3.5%
31 Sachaufwand	9.7	10.3	10.3	11.2	11.2	-0.1%	4.5%
davon Sachaufwand exkl. SF	7.8	8.2	8.3	9.2	9.4	1.5%	6.3%
32 Passivzinsen	0.2	0.3	0.3	0.2	0.3	48.1%	10.7%
33 Abschreibungen	8.9	11.5	6.8	4.3	4.3	0.9%	-20.4%
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	3.7	3.4	3.0	3.2	3.3	0.9%	4.6%
36 Eigene Beiträge	18.4	18.9	18.2	21.2	25.5	20.3%	18.3%
38 Einlagen in Sonderfinanzierungen	5.3	4.1	6.0	0.0	0.0	#DIV/0!	-100.0%
39 Interne Verrechnungen	3.0	2.8	2.9	3.1	3.0	-1.6%	2.0%
4 Ertrag total	73.4	75.8	72.9	70.0	73.1	4.4%	0.1%
40 Steuereinnahmen	46.8	46.1	48.6	45.5	49.7	9.3%	1.1%
41 Regalien und Konzessionen	0.4	0.3	0.3	0.3	0.3	-10.3%	-1.2%
42 Vermögenserträge	3.1	2.6	3.8	4.8	2.3	-52.4%	-22.9%
43 Entgelte	9.8	10.1	9.8	9.2	9.1	-1.4%	-3.9%
44 Beiträge ohne Zweckbindung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	#DIV/0!	#DIV/0!
45 Rückerstattungen von Gemeinwesen	2.9	2.8	3.0	3.2	2.6	-16.9%	-7.0%
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.3	0.3	0.3	0.7	0.6	-13.9%	36.3%
48 Entnahmen aus Sonderfinanzierungen	7.2	10.8	4.2	3.3	5.5	64.6%	15.1%
49 Interne Verrechnungen	3.0	2.8	2.9	3.1	3.0	-1.6%	2.0%

Gesamtpersonalaufwand: Im Vergleich zum Voranschlag 2010 weist der für die Berechnung relevante Personalaufwand insgesamt ein Wachstum von 2,2% auf. Dieses Wachstum beinhaltet die Teuerung (1,0%), den Stufenanstieg (0,8%), die Mengenabweichung (0,4%). Der budgetierte Personalaufwand berücksichtigt die geplanten Änderungen bei den Sozialversicherungsbeitragssätzen (EO + 0,1%, ALV + 0,25%).

- Der Kostenanstieg beim **Verwaltungspersonal** gegenüber 2010 beträgt 0,2%. Er setzt sich aus dem Teuerungsausgleich (1,0%), dem Stufenanstieg (0,6%), der Mengenabweichung (-1,9%) und den übrigen Abweichungen (z.B. Weiterbildungen 0,5%) zusammen. Der Pensenanstieg in der Abteilung SBK ist auf die Erweiterung des Mittagstisch- bzw. des Nachmittagsbetreuungsangebots zurückzuführen.

Tabelle 6

Abteilung	in %	2011		Temp. Abw. (a-b)	2010		ABW. (b-d)
		BUDGET (a)	NORMAL (b)		BUDGET (c)	NORMAL (d)	
Zentrale Dienste		655	820	- 165	789	820	-
Einwohnerdienste, Wirtschaftsförderung, Sicherheit		1 264	1 175	89	1 154	1 175	-
Finanzen, Steuern		1 255	1 270	- 15	1 270	1 270	-
Bauunterhalt, Technische Betriebe		3 432	3 432	0	3 430	3 432	-
Verkehr, Strassen, Versorgung		480	480	0	478	480	-
Raumplanung, Umwelt		2 257	2 028	229	2 098	2 028	-
Schule, Bildung, Kultur		959	793	166	812	793	-
Soziale Dienste, Gesundheit		1 340	1 342	- 2	1 335	1 342	-
TOTAL		11 642	11 340	302	11 366	11 340	-

- Bei den **Lehrkräften** (inkl. Betreuende Mittagstisch/Nachmittagsbetreuung) setzt sich das Wachstum von 4,9% aus Teuerung (1,0%), Stufenanstieg (Erfahrungsanteil, 1,5%), Mengenabweichung (mehr Lektionen und Erhöhung für Mittagstisch/Nachmittagsbetreuung, insgesamt 1,9%) und Diverses (z.B. Rentenwegkauf, 0,5%) zusammen. Die Personalkosten werden im Kindergarten- und Primarschulbereich aufgrund von Klassenanzahl und -grösse berechnet. Da das Schuljahr nicht mit dem Rechnungsjahr identisch ist, bleibt die Budgetierung schwierig: Bei der Erstellung des Voranschlags ist erst die Klassenbildung für den gerade erfolgten Schulanfang bekannt. Diese Kosten werden so in den Voranschlag eingesetzt. Die Planung geht jeweils davon aus, dass beim darauf folgenden Schuljahr keine Änderungen anstehen.

Sachaufwand: Der Sachaufwand (inkl. Spezialfinanzierungen) liegt auf dem Niveau des Vorjahrs. Die Ausgaben für den Unterhalt konnten – trotz der teuerungsbedingten Anpassung – durch eine Reduktion des Gebäude- und Strassenunterhalts reduziert werden (KAP-Massnahme).

Abschreibungen: Aufgrund des Ergebnisses können die Abschreibungen nicht im Rahmen der Vorjahre vorgenommen werden. Die Abschreibungen beinhalten die Abschreibungen für die Investitionen der Spezialfinanzierungen, für Investitionen vorfinanzierter Objekte (Schlossacker, Garderobengebäude) und für die Abschreibung von Forderungen. Die übrigen investierten Sachwerte werden nicht abgeschrieben (vgl. ANHANG I).

Eigene Beiträge: Trotz Einsparungen bei externen Leistungserbringern bzw. der Stabilisierung von Beiträgen liegen diese mit CHF 4,3 Mio. bzw. 20,3% über dem Voranschlag des Vorjahres. Grund hierfür ist der horizontale Finanzausgleich, der im Vergleich zu den damaligen Prognosezahlen für Binningen eine Mehrbelastung von CHF 4,2 Mio. bedeutet (vgl. 2.1).

Steuereinnahmen: Das in den letzten Jahren eingesetzte „Prognosemodell“ wurde aufgrund der Wirtschaftskrise leicht angepasst. Die Steuersätze für Juristische Personen wurden gemäss Unternehmenssteuerreform I angepasst. Die budgetierten Steuereinnahmen für 2011 von CHF 49,73 Mio. setzen sich aus den Steuern der Natürlichen Personen mit CHF 48,85 Mio. und denjenigen der Juristischen Personen mit CHF 0,88 Mio. zusammen.

Entnahmen aus Sonderfinanzierungen: Der höhere Saldo ist vor allem auf Entnahmen aus Vorfinanzierungen zurückzuführen.

Bei den **Entnahmen aus Sonderfinanzierungen** handelt es sich um Vorfinanzierungen für die Projekte Schlossacker, Zentrum für Wohnen und Pflege im Alter von CHF 1,74 Mio. sowie Neubau Garderobengebäude Spiegelfeld von CHF 1,5 Mio., die zugleich wieder abgeschrieben werden (gesetzlich vorgeschriebener Vorgang). Hinzu kommt die Bereinigung des erwarteten Aufwandüberschusses der Spezialfinanzierungen (= Ertrag der Einwohnerkasse) in der Höhe von 2,24 Mio.

6.2 Die Investitionsrechnung nach Artengliederung

Tabelle 7

Mio. CHF	RG 2007	RG 2008	RG 2009	VA 2010	VA 2011	Differenz VA / RG 2009
5 Ausgaben total	9.66	13.53	7.08	4.22	8.90	111.0%
50 Sachgüter	8.63	11.74	6.70	3.22	7.14	121.6%
56 Investitionsbeiträge	0.93	1.72	0.37	1.00	1.74	73.9%
58 Übrige zu aktivierende Ausgaben	0.10	0.06	0.01	0.00	0.03	#DIV/0!
6 Einnahmen total	1.74	2.26	0.60	0.47	3.22	587.6%
60 Abgang von Sachgütern					3.00	#DIV/0!
61 Nutzungsabgaben und Vorteilsentgelte	1.55	1.12	0.25	0.45	0.20	-55.6%
66 Beiträge für eigene Rechnung	0.18	1.14	0.35	0.02	0.02	0.0%
Nettoinvestitionen	7.92	11.26	6.48	3.75	5.69	51.5%

Sachgüter: Die Investitionen in Sachgüter beinhalten insbesondere

- den Kauf eines Feuerwehr-Tanklöschfahrzeugs mit einer motorisierten Leiter (CHF 0,7 Mio., separate ER-Vorlage)
- die Sanierung des Turnhallenbodens Mühlematt (CHF 0,17 Mio.) vgl. Antrag auf Direktbeschluss weiter unten)
- den Kauf des Kantonsanteils (66%) an der Dreifach-Turnhalle im Spiegelfeld (CHF 3,0 Mio., separate ER-Vorlage)
- eine erste Tranche für die Sanierung des Garderobengebäudes in den Sportanlagen Spiegelfeld (CHF 1,5 Mio., separate ER-Vorlage)
- Beschaffung von Werkhof-Fahrzeugen (CHF 0,26 Mio., separate ER-Vorlage)

Investitionsbeitrag: Dies beinhaltet eine weitere Finanzierungstranche für den Bau des Alters- und Pflegeheims Schlossacker (CHF 1,74 Mio., vom ER beschlossen)

Abgang von Sachgütern: Der Betrag umfasst die Übernahme der Sekundarschulanlagen Spiegelfeld durch den Kanton (CHF 3,0 Mio.)

Für folgende Investitionen beantragt der Gemeinderat **Direktbeschlüsse:**

- **Schulhaus Mühlematten; Erneuerung von Turnhallenböden**
Konto: 242.503.08 CHF 170 000
Die Turnhallenbodenbeläge sind mit dem Schulhausneubau vor 35 Jahren erstellt worden und weisen erhebliche Risse und Abnutzungen vor, welche die Benutzung und Reinigung der Turnhalle erschweren. Ein Ersatz der Bodenbeläge ist mit geschätzten Kosten von CHF 170 000 verbunden. Diese Ausgabe kann innerhalb des jährlichen Gebäudeunterhalts nicht aufgefangen werden.
- **Informatik: Ersatz der Hardware (Personalcomputer)**
Konto: 020.506.03 CHF 210 000
Die Personalcomputer in der Verwaltung sind mittlerweile über sechs Jahre alt und müssen ersetzt werden. Die Ersatzinvestition wurde im 2010 zurückgestellt, drängt sich nun aber für 2011 auf. Die Zahl der Störungen und Ausfälle nimmt deutlich zu.

TEIL III: DER FINANZPLAN 2012 - 2015**7. Der Finanzplan 2012 – 2015****7.1 Entwicklung der Selbstfinanzierung¹³**

Tabelle 8

	Mio. CHF	RG	RG	RG	Progn.	VA	Finanzplan			
		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ertrag		73.36	75.79	72.94	70.77	73.10	72.27	73.44	75.08	76.77
- Aufwand		73.36	75.79	72.94	72.87	74.21	72.82	73.44	75.07	76.76
= Ergebnis (- = Aufwandüberschuss)		0.00	0.00	0.00	- 2.10	- 1.11	- 0.55	- 0.00	0.01	0.01
+ Abschreibungen aus Investitionen		8.59	11.27	6.72	1.00	3.29	1.12	0.95	1.76	2.62
- Abschreibungen Spezialfinanzierungen		0.00	- 0.13	- 0.67	0.00	- 0.84	- 0.65	- 0.60	- 0.70	- 0.15
= Cash Flow Einwohnerkasse		8.59	11.14	6.06	- 1.10	1.34	- 0.08	0.35	1.08	2.48
- Nettoinvestitionen		8.59	11.14	5.82	3.25	4.28	0.14	4.18	5.57	3.31
= Finanzierungssaldo (- = Fehlbetrag)		0.00	0.00	0.24	- 4.35	- 2.94	- 0.22	- 3.83	- 4.50	- 0.82
<i>Jährlicher Selbstfinanzierungsgrad in %</i>		100.0	100.0	104.1	-34.0	31.2	-57.1	8.4	19.4	74.9
<i>Durchschnittl. Selbstfinanzierungsgrad über 8 Jahre in %</i>		112.4	109.7	103.2	97.4	89.6	82.7	73.9	63.7	56.4
<i>Steuerfuss in %</i>		46	46	46	46	46	46	46	46	46

¹³ Die Grundlagen für den vorliegenden Finanzplan 2012 – 2015 bilden:

- Der aktualisierte Voranschlag der Laufenden Rechnung 2011 gemäss vorstehendem Kapitel. Auf der Basis dieses Voranschlags wurden für allgemeine sowie für ausgewählte Einzelpositionen Annahmen betreffend das zukünftige jährliche Wachstum getroffen Lohnaufwendungen (Schule und Verwaltung +2%), Sonderschulen (+5%), Sachaufwand allgemein (+0.5%), Ergänzungsleistungen (+5%), Sozialkosten (+2%), Steuereinnahmen (+3%).
- Der überarbeitete Investitionsplan 2011 – 2018 (vgl. ANHANG II)
- Die zusätzliche Selbstfinanzierungsregelung für Investitionen in das Verwaltungsvermögen mit einem Nettobetrag von CHF 10 Mio. (vgl. GO § 41 Ziff. 3). Diese Regelung betrifft das APH Schlossacker, das über einen Zeitraum von 16 Jahren aus eigenen Mitteln finanziert werden muss.

Wie im Kapitel 2 aufgezeigt wurde, gerät der Finanzhaushalt von Binningen aufgrund der Mehrbelastung durch den Finanzausgleich in ein massives Ungleichgewicht. Der kumulierte Selbstfinanzierungsgrad für 2011 liegt bei 89,6% und sinkt gemäss Tabelle 8 bis 2015 auf 56,4% ab. Entsprechend steigt der der kumulierte Fehlbetrag von CHF 4,71 Mio. im Jahr 2011 auf CHF 16,42 Mio. im Jahr 2015 (Tabelle 9).

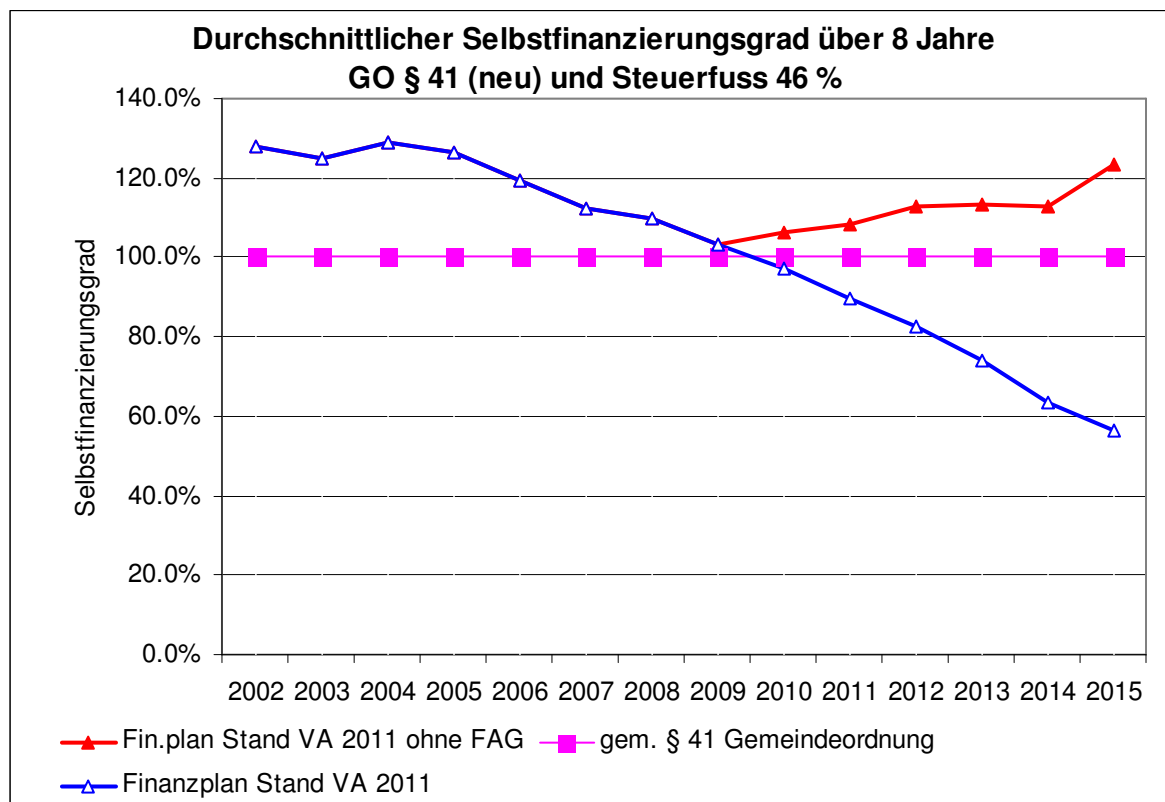
Tabelle 9

kumuliert über 8 Jahre		Selbstfinanzierungsgrad Durchschnitt über 8 Jahre gleitend			Mio. CHF
Cash Flow Mio. CHF	Nettoin. Mio. CHF	Grad in %	Jahre von	bis	Kumulierte Differenz
47.4	48.6	97.4%	2003	2010	-1.27
40.5	45.2	89.6%	2004	2011	-4.71
34.9	42.1	82.7%	2005	2012	-7.27
31.5	42.6	73.9%	2006	2013	-11.10
27.4	43.0	63.7%	2007	2014	-15.59
21.3	37.7	56.4%	2008	2015	-16.42

7.2 Analyse

Auswirkungen des Finanzausgleichs

Der durch Binningen gegenüber dem Voranschlag 2010 zusätzlich zu finanzierende Betrag ab 2010 liegt bei jährlich CHF 4,2 Mio. Das bedeutet, dass Binningen pro Jahr 13,18 Mio. in den Finanzausgleich zahlt (vgl. Ziffer 5. Abstimmungsbrücke). Bleibt der Beitrag auf diesem Niveau stehen, ergibt sich alleine aus diesem Geschäft eine kumulierte Verschlechterung bis zum Ende der Finanzplanperiode 2015 von über CHF 25 Mio.! Grafisch zeigt sich die neue Situation wie folgt:



Über die Entwicklung dieses Finanzausgleichbetrags kann derzeit nur spekuliert werden. Das Finanzausgleichssystem in seiner neuen Ausgestaltung ist bedarfsorientiert: die Steuerkraft der finanzschwachen Gemeinden wird auf das gesetzlich bestimmte Niveau (93,5% der durchschnittlichen kantonalen Steuerkraft) angehoben. Der Betrag, den die Gebergemeinden zur Erreichung des Ausgleichsniveaus zahlen

müssen, ist nach unten wie oben offen. Gemäss Aussagen des Kantons nimmt die Divergenz in der Steuerkraft zwischen den finanzschwachen und den finanzstarken Gemeinden zu.¹⁴ Es ist deshalb zu befürchten, dass ohne Massnahmen auf politischer Ebene, das heisst ohne Revision des neuen Finanzausgleichsgesetzes, die Beiträge von Binningen an den Finanzausgleich auf ähnlich hohem Niveau verharren könnten. Der Gemeinderat stellt die Solidarität zwischen den finanzstarken und den finanzschwachen Gemeinden nicht in Frage. Allerdings unterstützt er alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, dass für Gebergemeinden eine finanziell tragbare Obergrenze festgelegt wird und derart massive Ausschläge vom einen zum anderen Jahr verhindert werden. Ansonsten ist eine seriöse Budgetierung bzw. Finanzplanung nicht mehr möglich.¹⁵

Weitere Unsicherheiten

Die Entwicklung des Finanzausgleichs ist derzeit sicherlich das grösste Fragezeichen im Binninger Finanzhaushalt. Daneben gibt es aber noch weitere offene Fragen: So ist unklar, welche vom Gemeinderat beantragten KAP-Massnahmen der Einwohnerrat beschliessen wird und wie gross der Spielraum für weitere substantielle Kürzungen im Haushalt sind (vgl. KAP-Bericht, ANHANG III). Weiter wurde bereits eingangs dieses Berichts erwähnt, dass übergeordnete Geschäfte (Pflegefiananzierung, Übernahme der Sekundarschulanlagen durch den Kanton, Ausfinanzierung der Deckungslücke bei der Pensionskasse), die den Gemeindehaushalt substantiell beeinflussen, noch pendent sind.

Regelwerk überprüfen

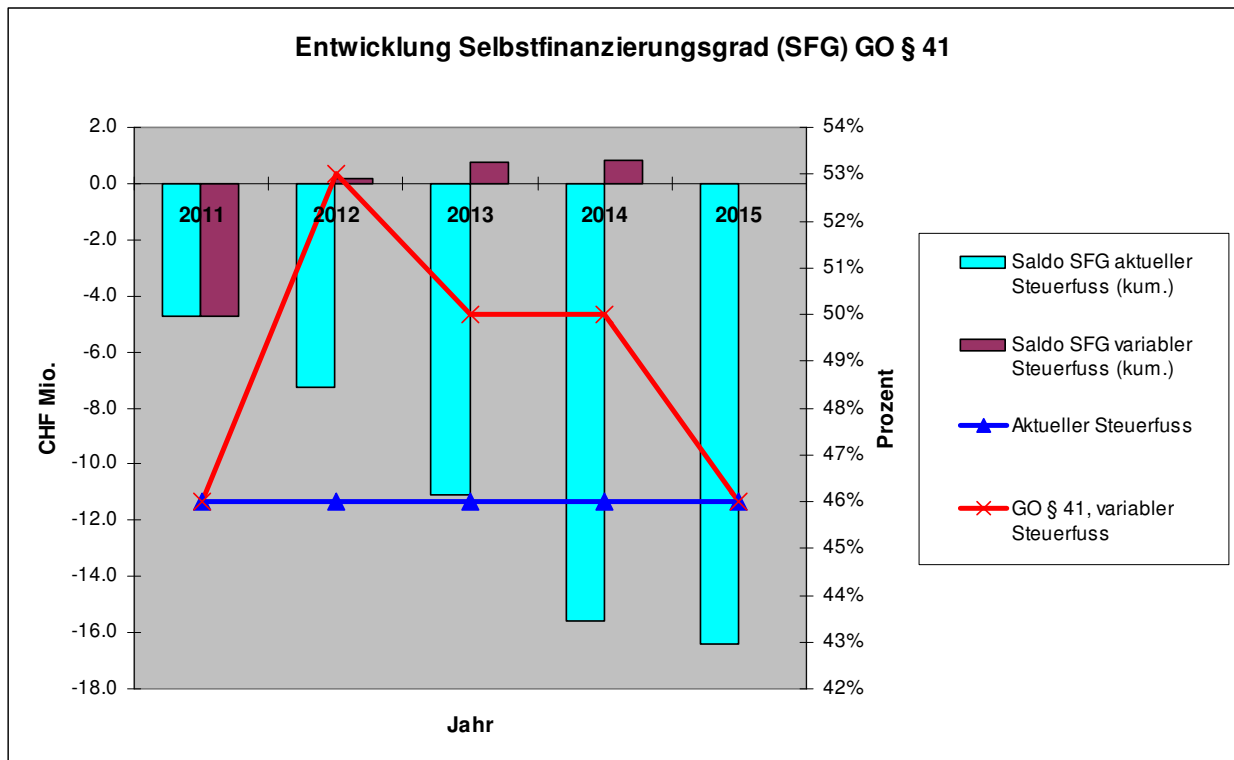
Mit der Revision der Gemeindeordnung und des Finanzreglements im Jahre 2008 wurde der finanzielle Handlungsspielraum für die Gemeinde erweitert, so dass der Beitrag der Gemeinde an das zweite Alters- und Pflegeheim Schlossacker neu über 16 Jahre statt über 8 Jahre amortisiert werden kann. Diese Entlastung ist spürbar. Der Gemeinderat hat sich im damaligen Bericht zu dieser Revision gegen weitere Massnahmen ausgesprochen.¹⁶ Als solche sah er die Möglichkeit einer Ausdehnung des 8-Jahres-Zeitfensters oder die Verschuldung in der Höhe des ausgewiesenen Eigenkapitals. Der Gemeinderat ging damals davon aus, dass mit entsprechenden ausgaben- und einnahmenseitigen Massnahmen der Haushalt gemäss der bestehenden Regel im Lot gehalten bzw. ins Gleichgewicht gebracht werden könnte.

Die Situation hat sich geändert. Sollten sich die Zahlen, insbesondere betr. Finanzausgleich, bewahrheiten, würde eine Steuerfusserhöhung unumgänglich. Nachstehende Graphik zeigt, dass die Steuern zur Einhaltung der heute geltenden Selbstfinanzierungsregel allerdings massiv, das heisst zum Teil bis auf 53% (2012), erhöht werden müssten.

¹⁴ Bei den Gebergemeinden hat die Steuerkraft von 2008 bis 2010 um CHF 25,8 Mio. zugelegt (+6,1% bzw. + CHF 174/Einw.) und bei den Empfängergemeinden um CHF 6,6 Mio. abgenommen (-3,0% bzw. -CHF 53/Einw.).

¹⁵ Entsprechende Vorstösse wurden bereits im Landrat eingereicht. (2010-299 Motion von Elisabeth Schneider, CVP/EVP-Fraktion: Finanzausgleich; 2010-297 Motion von Franz Hartmann, SVP-Fraktion: Änderung des Finanzausgleichsgesetzes).

¹⁶ http://www.binningen.ch/documents/Revision_Finanzausgleich_Gemeindeordnung_.pdf



Der Gemeinderat kommt aufgrund der vorliegenden Situation auf seinen Entscheid zurück, das bestehende Eigenkapital in der Höhe von CHF 12,7 Mio. zur Finanzierung der anstehenden Investitionen nicht einzusetzen. Es soll allerdings nicht darum gehen, auf Ausgabenkürzungen und Steuerfusserhöhungen zu verzichten und Schulden zu machen. Der Gemeinderat schätzt den disziplinierenden Effekt, der von der heutigen Selbstfinanzierungsregel ausgeht. Es soll weiterhin eine Regel zur Anwendung kommen, die die Stabilität im Gemeindehaushalt sicherstellt. Es gilt lediglich abzuwägen, inwiefern in bestimmten Situationen *auch* die vorhandenen Vermögenswerte zur Finanzierung von Investitionen eingesetzt werden können. Kommt hinzu, dass mit der geplanten Einführung von HRM2 eine Totalrevision der kantonalen Gemeindefinanzverordnung vor der Türe steht. Diese sieht unter anderem Anpassungen in Bereich der Vermögensbewertung („true & fair“), der Abschreibungen (ausserordentliche Abschreibungen nur noch begrenzt möglich) und der Vorfinanzierungen (nur noch begrenzt möglich) vor, die auch ein Überdenken der heutigen Finanzierungsregel in Binningen nahelegen.

7.3 Weiteres Vorgehen

Der Gemeinderat ist sich des Handlungsbedarfs bewusst. Aufgrund der obigen Ausführungen sieht er vor,

- den Steuerfuss für Natürliche Personen und die Steuersätze für Juristische Personen im Vorschlag 2011 nicht anzupassen,
- den Weg mit der Kommunalen Aufgabenüberprüfung weiter zu gehen, also die Abklärungen gemäss ANHANG III des Berichts vorzunehmen und
- die heutige Selbstfinanzierungsregel und Alternativen dazu zu überprüfen.

Im Hinblick auf den letzten Punkt, also eine allfällige Revision der Gemeindeordnung, ist der Zeitplan so auszugestalten, dass klar ist, auf welcher Rechtsgrundlage das kommende Budget 2012 und den Finanzplan 2013 – 2016 zu erstellen sind. Der Gemeinderat wird dem Einwohnerrat rechtzeitig einen entsprechenden Bericht unterbreiten.

TEIL IV: ANTRÄGE

1. Die Leistungsaufträge gemäss ANHANG V werden genehmigt.
2. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 38 237 645 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

	CHF
- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	2 698 886
- Steuern	410 928
- Gesundheit	3 860 183
- Kultur, Freizeit, Sport	3 450 837
- Bildung	15 491 105
- Öffentliche Sicherheit	1 098 435
- Soziale Dienste	6 577 377
- Verkehr, Strassen	2 691 401
- Versorgung	770 674
- Raumplanung, Umwelt	1 187 819
3. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets gemäss Tabelle 4 in Kapitel 5 (Seite 22) mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 36 334 200 werden genehmigt.
4. Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt beschlossen:
 - 46% Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
 - 2% Ertragssteuersatz
 - 1.75 ‰ Kapitalsteuersatz
5. Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehr-Reglements.
6. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2011 mit Aufwendungen von CHF 75 000 005, Erträgen von CHF 73 096 560 und einem Verlust von CHF 1 903 445 wird genehmigt.
7. Folgende Investitionsausgaben gemäss Aufstellung unter Ziffer 6.2 (S. 25) werden direkt beschlossen:

- Gebäudeunterhalt (Konto 242.503.08)		
Schulhaus Mühlematten Ersatz der Turnhallenböden	CHF	170 000
- Informatik Konto: (020.506.03)		
Ersatz der Hardware, Personalcomputer	CHF	210 000
8. Das Investitionsbudget 2011 mit Ausgaben von CHF 8 904 000, Einnahmen von CHF 3 218 000 und Nettoinvestitionen von CHF 5 686 000 wird zur Kenntnis genommen.
9. Der Stellenetat für 2011 wird mit 11'340 Stellenprozenten genehmigt.
10. Vom Finanzplan 2012 – 2015 wird Kenntnis genommen.

TEIL V: ANHÄNGE UND BEILAGE

- ANHANG I Abschreibungen auf dem Verwaltungs- und Finanzvermögen
- ANHANG II Investitionsplan 2011 - 2018
- ANHANG III Der Produktrahmen

- BEILAGE Leistungsaufträge 1 bis 10

ANHANG I: Abschreibungen auf dem Verwaltungs- und Finanzvermögen im Voranschlag 2011



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerkasse (Beträge in 1000 Franken)

Fkt.	Bezeichnung	Investitionen 2011	ordentliche Abschreibungen	Konto	ausserordentliche Abschreibungen	Konto
020	Verwaltung	210		020.331	-	020.332
100	Grundbuch	-		100.331	-	100.332
140	Feuerwehr	700		140.331	-	140.332
210	Primarschule	-		210.331	-	210.332
241	Kindergarten	-		241.331	-	241.332
242	Primarschulhaus	350		242.331	-	242.332
244	Sekundarschule	-		244.331	-	244.332
295	Mittagstisch / Nachmittagsbetreuung	-		295.331	-	295.332
300	Kulturförderung	-		300.331	-	295.332
341	Gartenbad	-		341.331	-	341.332
342	Hallenbad	-		342.331	-	342.332
344	Sportplätze	1'500		344.331	1'500	344.332
359	Freizeit	-		359.331	-	359.332
410	Pflegeheime	1739		410.331	1739	410.332
540	Jugend	-		540.331	-	540.332
620	Gemeindestrassen/Werkhof	535		620.331	-	620.332
740	Friedhof	-		740.331	-	740.332
750	Gewässer	-		750.331	-	750.332
780	Umweltschutz	-		780.331	-	780.332
790	Raumplanung	30		790.331	-	790.332
942	Liegensch. Finanzvermögen	-		942.331	-	942.330
	Vorfinanziert					
TOTAL mit Vorfinanzierung		5'064	-		3'239	

Spezialfinanzierungen (Beträge in 1000 Franken)

Fkt.	Bezeichnung	Investitionen 2011	ordentliche Abschreibungen	Konto	ausserordentliche Abschreibungen	Konto
710	Abwasserbeseitigung	840		710.331	840	710.332
TOTAL		840	-		840	

Einwohnerkasse und Spezialfinanzierungen (Beträge in 1000 Franken)

	Investitionen 2011	ordentliche Abschreibungen	Konto	ausserordentliche Abschreibungen
TOTAL alle Finanzierungen:	5'904	-		4'079

ANHANG II: Investitionsplan 2011 – 2018

Tabelle 12

Mio. CHF	Prognose 2010	Voranschlag 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Total 11-18
Nettoinvestitionen ohne Spezialfinanzierungen	2.5	5.1	0.5	5.3	6.9	4.2	4.0	8.9	1.8	36.6
Verwaltung	-	0.2	0.1	-	1.1	-	0.3	-	-	1.7
Grundbuch	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Feuerwehr	-	0.7	0.2	-	0.7	-	0.1	-	-	1.7
Kindergarten/Primarschule	0.0	0.4	-3.5	1.5	2.0	2.0	2.0	7.0	-	11.4
Sekundarschule	0.1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Mittagstisch	0.2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kulturförderung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gartenbad	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hallenbad	-	-	-	0.8	0.6	-	-	-	-	1.4
Sportplätze	0.2	1.5	1.8	0.5	-	-	-	-	-	3.8
Freizeit	-	-	-	-	-	0.1	0.1	0.2	0.1	0.5
Pflegeheime	1.0	1.7	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	10.4
Jugend	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gemeindestrassen/Werkhof	0.5	0.5	0.6	0.7	0.6	0.6	0.3	0.4	0.4	4.3
Friedhof	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewässer	0.2	-	0.1	0.5	0.5	0.3	-	-	-	1.4
Umweltschutz	-	-	-	-	0.1	-	-	-	-	0.1
Raumplanung	0.1	0.0	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Fernwärme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Liegensch. Finanzvermögen	0.3	-	-	-	-	-	-	-	-	-
+ Annahmen zu Nettoinvestitionen 2012-2014										-
Nettoinvestitionen ab 2012 zu 85%		5.1	0.4	4.5	5.9	3.6	3.4	7.5	1.5	31.8

ANHANG III: Produktrahmen

Produktgruppen

C. Simon	M. Keller	H. Ernst	B. Gehrig	N. Schwarz	B. Gehrig	A. Mati	C. Simon	A. Mati	A. Schuler
1 Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	2 Finanzen, Steuern	3 Gesundheit	4 Kultur, Freizeit, Sport	5 Bildung	6 Öffentliche Sicherheit	7 Soziale Dienste	8 Verkehr, Strassen	9 Versorgung	10 Raumplanung, Umwelt
P. Oppliger / S. Hangartner	M. Isler	B. Wiggli	Ph. Bollinger	Ph. Bollinger	S. Hangartner	B. Wiggli	M. Ruf	M. Ruf	P. Zimmermann

1.01 Einwohnerdienste	2.01 Steuern	3.01 Gesundheitsförderung	4.01 Kultur	5.01 Kindergarten, Primarschule	6.01 Gemeindeführungsstab	7.01 Vormundschaft (H. Ernst)	8.01 Allmend-/ Parkraumbew.	9.01 Abwasserbeseitigung	10.01 Ortsplanung
1.02 Einwohnerrat	2.02 Finanzvermögen	3.02 Ambulante Gesundheits- und Betagtenangebote	4.02 Freizeit / Sport	5.02 Musikschule	6.02 Feuerwehr	7.02 Beratung, Prävention	8.02 Gemeindestrassen	9.02 Abfallentsorgung	10.02 Baugesuche
1.03 Gemeinderat				5.03 Sekundarschule	6.03 Gemeindepolizei	7.03 Finanz-/ Sozialhilfe	8.03 Gemeindeverkehr	9.03 Wasserversorgung	10.03 Umwelt
1.04 Aussenbeziehungen		3.03 Familienexterne Kinderbetreuung		5.04 Erwachsenenbildung	6.04 Zivilschutzorganisation	7.04 Asyl	8.04 Öffentlicher Verkehr	9.04 Bestattung	
		3.04 Stationäre Angebote		5.05 Gesundheitsförderungen und Beratungsstellen				9.05 GGA	
								9.06 Energieversorgung	

Leistungszentren

C. Simon	M. Keller	A. Schuler	A. Schuler	M. Keller
LZ 1 Management, Personal	LZ 2 Rechnungswesen	LZ 3 Gebäudeunterhalt	LZ 4 Bauadministration, technische Betriebe	LZ 5 IT
P. Oppliger	M. Isler	P. Zimmermann	T. Hauser	S. Hangartner